

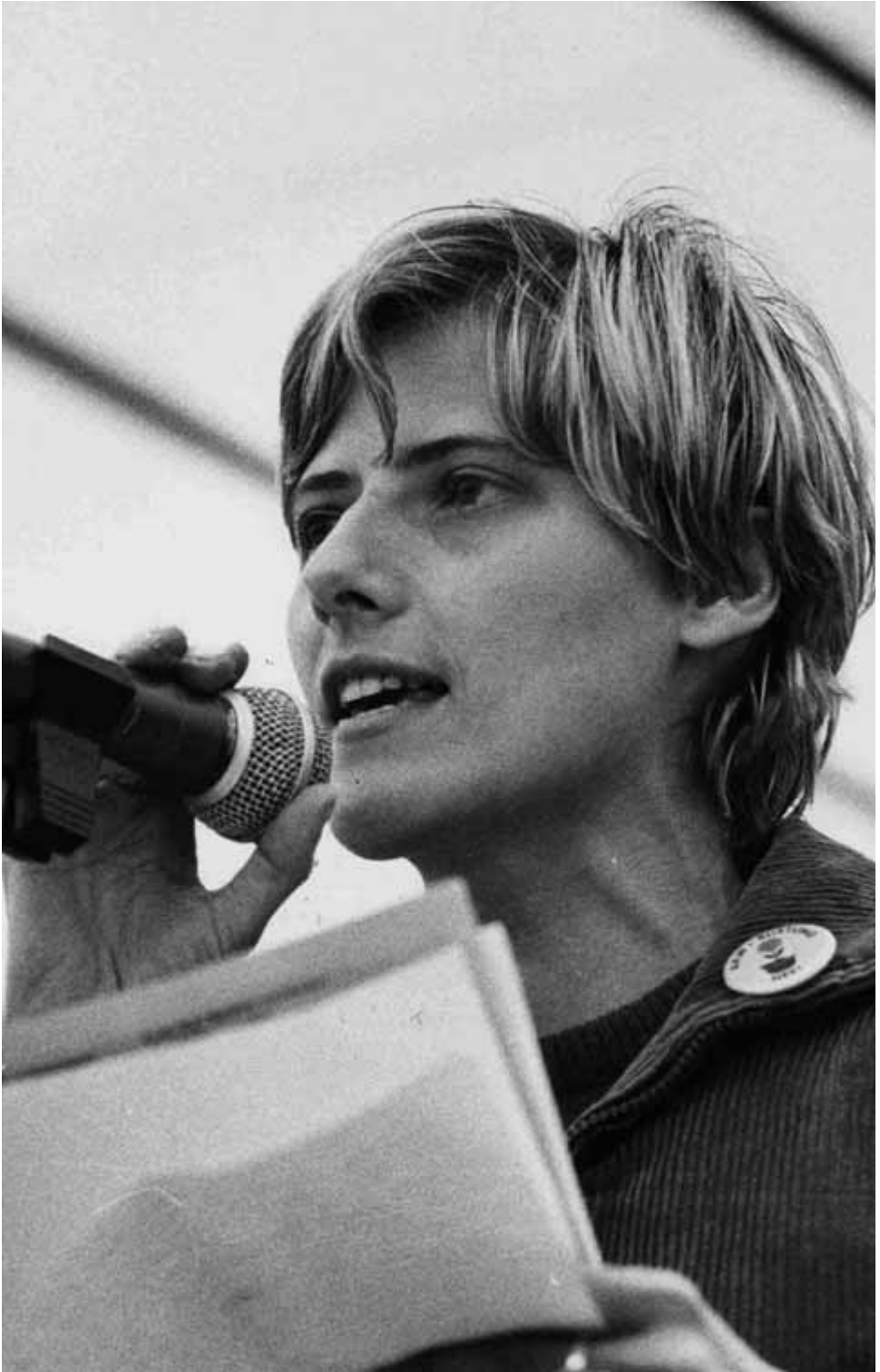
Petra Kelly: Die *andere* Grüne¹

Einführung

Petra Kellys politische Karriere war relativ kurz, aber spektakulär. Diese Karriere begann 1979, als sie half, die deutsche Grüne «Antipartei» zu gründen, und erreichte einen Höhepunkt, als sie 1983 gemeinsam mit 26 anderen Grünen in den Bundestag gewählt wurde. Ihr parlamentarisches Mandat endete mit den ersten gesamtdeutschen «Vereinigungswahlen» von 1990, als die westdeutschen Grünen im Gefolge des Erdrutschsieg für Helmut Kohl, dem populären «Kanzler der Einheit», aus dem Parlament flogen. Diese Niederlage hätte Kellys politische Karriere nicht beenden müssen. Obwohl schwer von ihr getroffen, machte sich Kelly entschlossen daran, ihre strategischen Optionen neu zu bewerten. Im Oktober 1992 jedoch erschoss Gert Bastian, Kellys langjähriger Lebensgefährte, sie im Schlaf in ihrem Haus in Bonn; danach erschoss er sich selbst mit der selben Derringer Kaliber 38.² Petra Kelly wurde nur 44 Jahre alt.

Von allen Bundestagsabgeordneten der Grünen war Kelly zweifellos die populärste. Kelly hatte eine natürliche Medienpräsenz und suchte auch von sich aus die Aufmerksamkeit der Medien. Extravagant in ihrem politischen Stil, intelligent und redegewandt, hatte die schlanke, lebhaft blonde Frau bis 1990 keine Probleme, die Medien anzuziehen. Dadurch gewann sie an internationaler Bekanntheit und symbolisierte für den Mann auf der Straße die Grünen, nicht nur in Deutschland, sondern als weltweite Bewegung. Sie hatte Umgang mit renommierten Menschen wie Václav Havel und dem Aktionskünstler Joseph Beuys. 1983 protestierte sie Hand in Hand mit dem Nobelpreisträger Heinrich Böll gegen die Stationierung neuer Atomwaffen und demonstrierte im selben Jahr auf dem Roten Platz in Moskau für die Auflösung von NATO und Warschauer Pakt und die Achtung der Menschenrechte. Zur Zeit ihres Todes war sie gerade für den Internationalen Sacharow-Friedenspreis nominiert worden. Sie schrieb mehrere Bücher und hielt Vorträge auf der ganzen Welt. Etliche weltweite Menschenrechts-, Friedens- und Umweltschutzorganisationen profitierten von ihrer Unterstützung. 1990, im Jahr der gesamtdeutschen Wahlen, erschien Kellys Name auf einer Liste der «1000 Macher des 20. Jahrhunderts» in der Londoner *Sunday Times*.

Heute erregt Petra Kellys Name kein Aufsehen mehr. Wenn sie in aktueller akademischer Literatur über die Grünen überhaupt noch erwähnt wird, dann nur am Rande. Manchmal wird sie gar nicht erwähnt. Was ist geschehen? Hat Petra Kelly kein Vermächtnis hinterlassen? Haben ihre Ideen keinen bleibenden Wert? Das sind die Fragen, die die folgende Neubewertung Petra Kellys beantworten möchte. Die Wogen haben sich nach ihrem tragischen Tod geglättet. Die Welt hat sich seit Kellys Aktivistentagen dramatisch verändert. Damit ist es möglich, die Beiträge der hoch kontroversen Kelly in einer besonneneren, weniger emotionalen Atmosphäre erneut zu überdenken.



Petra Kelly spricht auf der Demonstration der Friedensbewegung am 10.10.1981 in Bonn.

Unsere Erklärung für Petra Kellys «Verschwinden» aus der politischen Erinnerung beruht auf der Annahme, dass Kelly die «andere Grüne» repräsentiert. Ihr «Anderssein» besteht in ihrem Versuch, Fragen der Friedenspolitik, des Umweltschutzes und des Feminismus unter dem grünen Etikett zu verbinden, und es besteht in ihrer Ablehnung *nationaler* politischer Ziele für die deutschen Grünen. Innerhalb der Grünen steht Joschka Fischer für Kelly diametral entgegengesetzte Positionen. Indem er die Grünen in ein Bündnis mit der SPD geführt hat, dessen Sieg ihn 1998 auf den Posten des Außenministers führte, hat Fischer für die Grünen die Gewässer vermessen, vor denen Kelly gewarnt hatte. Die Essenz von Kellys «Anderssein», so unser Argument, besteht in ihrer wahrhaft *antipolitischen* Perspektive, deren Fundament Gewaltlosigkeit war. Das Gefüge von Kellys politischen Ideen passte nicht in den Rahmen der grünen Partei, wie Kelly selbst langsam begriff.

Nach der Niederlage von 1990 mutmaßte Kelly, dass ihre Zukunft «jenseits der Grünen» lag, wie sie im Titel ihres Artikels für die feministische amerikanische Zeitschrift *Ms.* vom November/Dezember 1991 formulierte. Ihre Position innerhalb der «Antipartei» war fast bis zur Verleugnung erodiert. Die Tatsache, dass ihre Leiche erst nach fast drei Wochen entdeckt wurde, dass sie von Freunden und Bekannten nicht vermisst wurde, zeigt deutlich ihre Isolierung. Innerhalb des ideologischen Spektrums der Grünen passte Kelly in keine Strömung hinein. In ihrem Buch *Thinking Green!*, 1994 in den USA posthum veröffentlicht, schreibt Kelly über die Wahlen von 1990: «Viele Kritiker sagen jetzt, dass unsere Vision einer Antiparteipartei gescheitert ist, aber ich glaube, dass nicht unsere Vision gescheitert ist, sondern unser Politikstil – die ewigen Streitigkeiten und Geplänkel zwischen unseren verschiedenen Strömungen.»³

Von Anfang an waren die Grünen von Richtungskämpfen geplagt. Die linken «Fundis» verfochten selektive Gewalt gegen Sachen, um grüne Anliegen voranzubringen. Die rechten «Realos» arbeiteten auf ein Bündnis der Grünen mit der SPD hin. Kelly akzeptierte keine der beiden Positionen. Einerseits lehnte sie jede Form von Gewalt ab, andererseits wies sie jede Zusammenarbeit mit etablierten Parteien zum Erreichen traditioneller politischer Ziele zurück.

Kelly tendierte dazu, über ihre eigenen «Beiträge» zu den internen Streitigkeiten der Grünen hinwegzusehen. Ihre willensstarke Persönlichkeit und ihr missionarisches Sendungsbewusstsein erlaubten wenige, wenn überhaupt irgendwelche Kompromisse. Sie glaubte jedoch, ihren Gegenübern häufig weit entgegengekommen zu sein. Trotz all ihrer Anstrengungen fühlte sie sich ständig mit Systemen konfrontiert, «in denen Männer mehr Wert und mehr soziale und ökonomische Macht haben als Frauen.»⁴ Auch die Grünen stellten ihrer Meinung nach ein solches System dar. Die Kehrseite dieses Sexismus sei vorausseilender Gehorsam der Frauen, beschwerte sich Kelly in einem persönlichen Gespräch mit der Autorin. Weibliche Mitglieder der Grünen tendierten dazu, sich der Mehrheitsposition anzuschließen.

Sie beschuldigte ihre innerparteilichen Widersacher auch des Neids auf ihre Prominenz, und damit hatte sie wahrscheinlich Recht. Die Grünen wollten keine hierarchische Machtstruktur in ihrer Antipartei. Kellys natürliche Führungsinstinkte erwiesen sich jedoch als ununterdrückbar, und auch die Medien kultivierten ein volkstümliches Bild von ihr als Chefin der Grünen. Ihre Persönlichkeit, nicht nur ihre Ideen, brachte Grüne gegen sie auf. Manche schauderten vor ihrer moralistischen

Rhetorik zurück, die ihnen selbstgerecht und «moralinsauer» vorkam. Andere fanden ihre dominante Art unerträglich.⁵

In ihrem stark von den Anforderungen ihres öffentlichen Lebens eingeschränkten Privatleben bewies sie ihre liebenswerten Qualitäten. Sie hatte enge persönliche Bindungen, insbesondere zu Verwandten. Freunde erinnern sich an sie als freigebig und einfühlsam. Entschlossen und prinzipientreu, blieb sie unkorruptierbar. Persönlich fühlte sie sich jedoch mehr und mehr verletztlich. Von schwacher Gesundheit (sie hatte Nierenprobleme), mag sie gefühlt haben, dass sie nicht alt werden würde. Eine persönliche Tragödie, der Tod ihrer Schwester an Augenkrebs, verließ ihrer Umweltschutzarbeit besondere Dringlichkeit, wie Kelly selbst zugab.⁶ Zudem fürchtete sie in ihren letzten Jahren, nachdem sie mehrfach Morddrohungen erhalten hatte, immer stärker um ihr Leben. Kelly ließ ihr Haus in Bonn gegen Eindringlinge schützen und im Hinterhof Bewegungsmelder installieren. Die Vordertür war mit «Betreten-Verboten»-Schildern dekoriert. Sie weigerte sich, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Aus dieser Atmosphäre der Furcht heraus akzeptierte sie Bastians Erklärung für die Waffe im Handschuhfach seines Autos; sie sollte zu ihrem Schutz dienen.

Kelly wusste, dass sie innerhalb der Grünen wahrscheinlich auf verlorenem Posten stand. Wie sie in ihrem Artikel in *Ms.* bemerkte, «stellte sich heraus, dass meine Rolle als Mitbegründerin der Grünen und acht Jahre als Abgeordnete mich einsam werden ließen. Ich lehnte es ab, taktische Spielchen mitzuspielen und entweder eine dogmatisch linke Fundi oder eine prosozialdemokratische, konservative Realta oder gar eine vermittelnde Zentrala zu sein – weil ich glaubte, dass wir all diese Trennlinien überwinden müssen, wenn wir eine gewaltfreie, feministische, ökologisch alternative Gesellschaft schaffen wollen».⁷

I

Als Petra Kelly 1979 half, die deutsche Grüne «Anti-Parteien-Partei» zu gründen, war das ein Wendepunkt in ihrer politischen Karriere. Zuvor hatte sie die SPD verlassen und diesen Schritt in einem offenen Brief begründet. Ebenso schrieb sie Johannes Paul II. einen offenen Brief, in dem sie ihre Kritik an der Katholischen Kirche formulierte, die sie einst so verehrt hatte, dass sie ihr Leben der Kirche als Nonne hatte weihen wollen.⁸ Sie weigerte sich, Helmut Schmidts Entscheidung mitzutragen, die Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen in Deutschland zu erlauben. Für Kelly führte Schmidt die Sozialdemokraten weg von den Prinzipien Willy Brandts, den sie in hohen Ehren hielt.

Brandts Ostpolitik hatte ihm Kellys Bewunderung eingebracht. Mit dieser Politik hatte Brandt, sozialdemokratischer Kanzler von 1969 bis 1974, auf eine Entspannung gegenüber Ostdeutschland (das er als Staat anerkannte) und Osteuropa (dessen «vorläufige» Nachkriegsgrenzen zu Deutschland er nunmehr als permanent anerkannte) hingearbeitet. Verträge mit der Sowjetunion (1970), Polen (1970), der DDR (1972) und der Tschechoslowakei (1973) setzten die Ostpolitik, für die Brandt 1971 den Friedensnobelpreis erhielt, um. Eine Konsequenz dieser Aussöhnungspolitik war die neue Bereitschaft der kommunistischen Regierung Ostdeutschlands, Westdeutschen begrenzten, kontrollierten Zugang zu seinem Territorium zu gewähren. Von nun an konnten die Westdeutschen ihre Verwandten im Osten besuchen. Als Bundes-

tagsabgeordnete nutzte Petra Kelly in den 1980er Jahren die neuen Möglichkeiten voll aus, bepäckte ihren Kofferraum mit in der DDR schwer zu beschaffenden Materialien wie etwa Schreibmaschinen und brachte sie heimlich zu ostdeutschen Dissidenten. Diese Dissidenten, mit denen sie in ihren «winzigen Küchen und ... rauchgefüllten Wohnzimmern ... in einer ganz eigenen Welt» saß, beeinflussten Kelly stark. Sie boten ein Beispiel von dem, was sie «moralische Souveränität» nannte.⁹

Innerhalb seiner Einflussosphäre durchbrach Brandt die ideologischen Barrieren des Kalten Krieges. Kelly zufolge erzielte er Durchbrüche für den Frieden. Sie hielt ihn für die perfekte Person dafür, denn Brandt war Deutscher und, noch wichtiger, ein Deutscher mit einer unbefleckten Vergangenheit durch seinen Widerstand gegen die Nazis. Brandt repräsentierte das «andere Deutschland». Dieses metaphorische Bild von Brandt inspirierte Kelly und bewegte sie dazu, 1972 der SPD beizutreten, denn sie hatte ihre eigene unvergessliche Begegnung mit dem «dunklen Deutschland» gehabt.¹⁰

Petra Kelly wurde in der bayrischen Kleinstadt Günzburg geboren, aus der auch Dr. Josef Mengele stammte, der sogenannte «Todesengel» von Auschwitz. Sie erwähnte diese Tatsache bereitwillig in Gesprächen und fügte sie vielfach in ihre Texte ein. Warum tat sie das? Sie scheint diesen «Geständnismoment» als Ausgangspunkt genutzt zu haben, um ihre eigene Entwicklung zu erörtern. «Während meiner Schulzeit in Bayern (1953 bis 1960) habe ich absolut nichts über den Holocaust, über die Verbrechen des deutschen Volkes erfahren. Erst in den Vereinigten Staaten wurde ich im Schulunterricht und durch meine Lehrer, insbesondere auf der Universität, mit Anne Frank, mit Auschwitz, mit Bergen-Belsen, mit Treblinka, mit Buchenwald, mit Ravensbrück, mit faschistischen Verbrechen, mit Dachau und der «schweigenden Zustimmung» des deutschen Volkes konfrontiert.»¹¹

Obwohl sie zugab, dass man der Stadt Günzburg nur schwerlich Mengeles Geburt vorwerfen kann, betrachtete sie die Stadt als «symbolisch für den 'Geisteszustand' vieler Deutscher, die in den Greuelthaten der Nazis eine Art 'Unfall' sehen und der Meinung sind, daß nicht länger darüber diskutiert werden sollte».¹²

Sie erzählte: «Als ich vor einigen Jahren Günzburg besuchte, berichteten mir die Nonnen, daß Josef Mengele 1959 zur Beerdigung seines Vaters in die Stadt gekommen sei und sich im Kloster versteckt habe – in demselben Kloster, in dem ich zur Schule gegangen war. Simon Wiesenthal hat erklärt: 'Die ganze Stadt wußte, daß er da war, nur die Polizei nicht.'»¹³ Petra Kelly nahm Günzburgs *Schweigen* als ihre persönliche Bürde auf sich.

Als die Autorin sie 1992 fragte, was sie für ihren wichtigsten politischen Beitrag halte, antwortete Kelly ohne zu zögern: «Zivilen Ungehorsam nach Deutschland gebracht zu haben.» Das Konzept hatte sie in den Vereinigten Staaten kennengelernt, wo sie zehn Jahre lang gelebt hatte. Nachdem ihre Mutter 1959 John Kelly geheiratet hatte, einen in Deutschland stationierten amerikanischen Oberstleutnant, zog die Familie in die Staaten und ließ sich schließlich in der Bundeshauptstadt Washington nieder.¹⁴

Während ihres Studiums an der American University, wo sie Politikwissenschaft als Schwerpunkt wählte und 1970 ihren BA erwarb, begann Kelly, sich politisch zu engagieren. Sie arbeitete ehrenamtlich für Vizepräsident Hubert Humphrey und entwickelte eine ungewöhnlich enge persönliche Beziehung zu ihm – trotz ihrer entgegengesetzten Ansichten zum Vietnamkrieg. (Humphrey arrangierte einen

Gedenkgottesdienst für Kellys Schwester Grace.) Es war jedoch ihr Engagement für Robert Kennedys Präsidentschaftswahlkampf 1968, das sie tiefgreifend verändern sollte.

Durch Kennedy kam sie in Kontakt zur Bürgerrechtsbewegung. Hier sah sie zivilen Ungehorsam in der Praxis. Die Bürgerrechtsbewegung lehrte sie, wie man moralischen Protest in soziale Aktion umwandelt. «Mich inspirierte Martin Luther Kings Aussage,» schrieb sie, «dass die Macht dieser Kraft der Liebe [Gewaltlosigkeit] körperlich passiv, aber spirituell aktiv ist – ‘obwohl der gewaltfreien Widerstand Leistende passiv ist in dem Sinn, dass er nicht körperlich aggressiv gegenüber seinem Gegner ist, sind doch sein Verstand und seine Emotionen ständig aktiv, versuchen ständig, die Gegenseite zu überzeugen’. Gewaltlosigkeit ist eine spirituelle Waffe, die vermag, was Schusswaffen und Armeen zu tun nur behaupten – sie kann uns tatsächlich verteidigen.»¹⁵

Gewaltlosigkeit war der Grundstein von Petra Kellys politischen Methoden und ihrer politischen Philosophie. Viele Male zitierte sie den Grundsatz aus Martin Luther Kings *Letter from a Birmingham Jail*: Man kann moralische Ziele nicht mit unmoralischen Mitteln erreichen.¹⁶

Eine gewalttätige Welt kann nur durch gewaltfreie Methoden gebessert werden. Nachdem sie 1970 nach Europa zurückgekehrt war, arbeitete Kelly in Brüssel als Verwaltungsrätin im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Gemeinschaft, wo sie mit sozial- und gesundheitspolitischen Fragen befasst war.¹⁷

An den Wochenenden pendelte sie nach Westdeutschland und engagierte sich in der Bürgerinitiativbewegung. In den 1960er Jahren entstanden, versuchten die Bürgerinitiativen, die Öffentlichkeit über bedeutende politische Fragen aufzuklären und zu mobilisieren. Kelly sah in den Initiativen den Anfang einer zivilen Ungehorsamsbewegung in Deutschland. Sie organisierte «Happenings» vor Militäreinrichtungen und «Schauprozesse» gegen atomare Supermächte und wurde so zu einer Gestalt des öffentlichen Lebens, zu dem vertrauten lächelnden Gesicht unter dem mit Gänseblümchen bedeckten Armeehelm. Kelly wollte in der grünen Partei ein Bekenntnis zum zivilen Ungehorsam am Leben halten, aber das war eine weitere Schlacht, die nicht zu gewinnen war, vor allem, nachdem die Grünen sich an das Parlamentarierdasein gewöhnt hatten. «Viele Grünen sagen: ‘Wir sind eine gewaltfreie Partei’, aber wenn Sie sie fragen, ob sie je an zivilem Ungehorsam teilgenommen haben, ist die Antwort nein. Meine Kollegen in der Fraktion beschwerten sich oft: ‘Oh Gott, Petra hat schon wieder ein Verfahren am Hals!» Sie fanden es peinlich, dass ich nach wie vor diese Sachen mache.»¹⁸

Kelly verstand zivilen Ungehorsam nicht als eine Aktion gegen ein bestimmtes Gesetz oder Vorhaben, sondern als andauernden Widerstand gegen die *weltweit* vorherrschenden Bedingungen sozialer Gewalt. Kelly verstand diese weltweite Gewalt als auf zwei verschiedenen Ebenen angesiedelt. Physische Gewalt ist die unübersehbare Form; sie erkennt keine geographischen oder kulturellen Grenzen an. Kelly wuchs im zerstörten und schuldbeladenen Nachkriegsdeutschland auf. Günzburg war in den letzten Tagen des zweiten Weltkriegs bombardiert worden, und als sie 1947 geboren wurde, lagen noch überall Trümmer herum. Der anschließende Kalte Krieg erfasste die gesamte Welt und teilte sie in zwei bewaffnete Lager. In der Berliner Mauer hatten die ideologischen Trennlinien des Kalten Krieges Gestalt angenommen. Der Vietnamkrieg demonstrierte die zerstörerische Kraft, die diesen Trennlinien

innewohnte. Vor diesem Hintergrund, und zweifellos auch unter dem Einfluss ihrer religiösen Überzeugungen, entwickelte Kelly eine besondere Abscheu vor jeder Art von körperlicher Gewalt.

Sie sprach jedoch auch über strukturelle Gewalt, die häufig «unsichtbar» ist. Damit meinte sie die ungerechte Art, in der Machtbeziehungen strukturell und kulturell so definiert sind, dass sie einige privilegieren und andere benachteiligen. «Auch habe ich in den sechziger Jahren gelernt», schrieb sie, «daß wir, wenn wir die Welt von so unterdrückerischen Sachen wie Atomwaffen und Armut befreien wollen, die Welt auch von Sachen wie Sexismus und Rassismus befreien und stets ihre strukturelle Grundlage im Auge behalten müssen – und die ist, kurz gesagt, das System des Patriarchats.»¹⁹

Zur Unsichtbarkeit: «Weil die Unterdrückung von Frauen in unseren Gesellschaften und unserer Psyche so tief verwurzelt ist, bleibt sie unsichtbar, sogar für die, die an der Überwindung anderer Formen von Ungerechtigkeit arbeiten.»²⁰ Sie behauptete, dass patriarchalische Strukturen in jeder Kultur in alle Institutionen und die gesamte Gesellschaft verwoben sind. Da wir in die patriarchalische Kultur unseres Geburtsortes hineinsozialisiert worden sind, neigen wir dazu, die patriarchalischen Sozialbeziehungen um uns herum als «natürlich» zu betrachten. Durch diese angenommene «Natürlichkeit» erreichte das Patriarchat für Kelly «Unsichtbarkeit». Sie machte es sich zur Aufgabe, das Patriarchat zu delegitimieren, indem sie es als unterdrückerisch bloßstellte, indem sie *alternative* Formen sozialer Beziehungen vorschlug und indem sie zum massenhaften Zivilen Ungehorsam aufrief: «Man muss im täglichen Leben 'Ungehorsam' üben.»²¹ Durch Zivilen Ungehorsam hoffte Kelly, das Persönliche mit dem Politischen verbinden zu können. («Das Politische ist persönlich und das Persönliche ist politisch», wie sie sagte.)

Kelly glaubte an einen «tiefgreifenden Zusammenhang zwischen Militarismus, Umweltzerstörung und Sexismus»²². Sie betrachtete alle drei Probleme als Folgen unserer «Kultur der Eroberung». Kelly zufolge leitet diese Kultur aus der historischen Rolle des Mannes als Eroberer von Nahrung, einem Revier und einer Partnerin ein soziales Recht und ein politisches Prinzip ab. Ideologien und kulturelle Normen dienen dazu, dieses Recht zu verteidigen. Kelly ging über die ideologischen und systemischen Unterschiede zwischen Ost und West im Kalten Krieg hinweg und betonte eher ihre aus der «Eroberungskultur» hervorgehenden Gemeinsamkeiten. Diese Haltung kostete sie viel Glaubwürdigkeit in westlichen politischen Kreisen.

Obwohl Kelly zu argumentieren scheint, dass die Kultur der Eroberung allen patriarchalischen Gesellschaften überall und zu allen Zeiten eigen ist, betonte sie doch besonders die moderne hochtechnisierte «Kultur der Eroberung». Durch die moderne Technik gewinnt die Macht des Patriarchats eine ganz neue Dimension. Sie erleichtert die habgierige Ausbeutung natürlicher Ressourcen und erweitert sowohl die Reichweite als auch die Zerstörungskraft moderner Kriegsführung. Dank moderner Technik bedroht die Kultur der Eroberung heute erstmals unseren Planeten in seiner Existenz. «Ich glaube», riet sie, «dass wir auf das siebzehnte Jahrhundert zurückschauen müssen, auf die wissenschaftlichen Revolutionen, die bereits den Samen der heutigen unterdrückerischen Technologien enthielten. Wir müssen die mit der Eroberung der Natur verbundenen Mythen und Metaphern zurückverfolgen und verstehen, dass eine radikale Neubewertung männlich geprägter Institutionen und Ideologien stattfinden muss.»²³

Kelly behauptete, der Nationalsozialismus mit seinem fabrikmäßig betriebenen Völkermord, seinem Militarismus und seiner Unterdrückung der Frau zeige, welche destruktive Dynamik die moderne Kultur entfalten kann, wenn man sie Amok laufen lässt. Provozierend zeichnete sie Mengele nicht als einen Einzeltäter, sondern als die Verkörperung einer kulturellen Richtung: «Mengele war, wie extrem er charakterlich auch veranlagt gewesen sein mag, Teil seiner Nation und ihrer maßgebenden Diskussionen, Haltungen und wissenschaftlichen Philosophien. Elie Wiesel hat uns mitzuteilen versucht, daß das, was einmal geschehen ist, wieder geschehen kann, aus denselben Gründen und aller Wahrscheinlichkeit nach mit denselben Opfern. Aus diesem Grund darf der Holocaust niemals vergessen oder vergeben werden.»²⁴

Kellys politischer Grundsatz war, dass «jedes Engagement für soziale Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit, das nicht auch die Strukturen männlicher Dominanz über Frauen angreift, unvollständig» ist.²⁵ Sozial als integrale Bestandteile der reproduzierenden Natur angesehen («Mutter Erde»), werden Frauen, wie die Natur, zu «Objekten der Eroberung» oder Waren. Innerhalb der patriarchalischen Gesellschaft werden sie nicht als eigenständige vollständige Personen angesehen. Zudem leiden sie besonders unter den durch Krieg und industrielle Entwicklung verursachten sozialen und ökonomischen Entwurzelungen, die vor allem in den erst seit Kurzem an der Industrialisierung teilnehmenden armen Ländern des Südens «die bereits zuvor ungerechte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen weiter verzerrt haben»²⁶.

Obwohl sie der Ansicht war, dass Frauen in besonderem Maße Opfer physischer und struktureller Gewalt sind, definierte Kelly Feminismus als den Kampf für die Menschenrechte aller. Frauen sind der Hebel für gesellschaftliche Veränderung. Durch die Frauenemanzipation würde die Gesellschaft nicht nur reformiert werden, sondern *transformiert*. Bemerkenswerterweise argumentierte Kelly, dass patriarchalische Strukturen die freie Entfaltung der Männer ebenso behindern wie die der Frauen.²⁷

An die Stelle hierarchischer Machtbeziehungen, egal ob männlich oder weiblich dominiert, wollte Kelly eine «Teilung der Macht» setzen. Männliche Beteiligung an diesem Transformationsprozess hielt sie für absolut notwendig. All diese Aussagen verband sie in ihrem Programm des «Ökofeminismus». Als Ökofeministin betonte Kelly auch die Notwendigkeit einer «inneren Ökologie», eines Respekts für die Zusammengehörigkeit allen Lebens, vervollständigt durch eine «äußere Ökologie», die Erhaltung von Leben.

«Politik braucht Spiritualität»²⁸, glaubte Kelly fest. Auch diese Ansicht brachte sie in Konflikt mit den Grünen. Dazu schrieb sie: «Die tiefen politischen Veränderungen, die wir brauchen, um unseren Planeten zu heilen, werden wir nicht durch isoliertes Problemlösen oder durch intellektuelle Analysen erreichen, die die tiefsten Sehnsüchte und Eingebungen des Herzens ignorieren. Manche meiner Parteifreunde haben ihre dogmatisch-linken Blickwinkel beibehalten und bleiben misstrauisch der Spiritualität gegenüber, die sie mit organisierter Religion verwechseln. Ich teile vieles von ihrer Kritik an religiösen Institutionen, aber ich muss strikt widersprechen, wenn sie spirituelle Bedenken und spirituelle Weisheit für unwichtig erklären. Das lange Werk, der Erde Harmonie zu bringen, bedarf einer ganzheitlichen Vision, die auf gereiften Werten und tiefen Eingebungen beruht.»²⁹

Als Petra Kelly 1972 in die SPD eintrat, hatte sie persönlich oder indirekt die Konsequenzen von Kriegen, Rassenunruhen in Washington, Aktionen zivilen Ungehorsams und den Mord an Robert Kennedy erfahren.³⁰ Sie hatte ein feministi-

ches Bewusstsein entwickelt: «Als Teenager und als junge Frau wurde ich wütend darüber, wie Frauen aus den Geschichtsbüchern und aus den Seiten der Bibel und anderer religiöser Texte gestrichen worden waren. ... Ich ... begann, die Schriften Rosa Luxemburgs zu lesen. ... Ich begann, die Biographien von Aleksandra Kollontai, George Sand, Emma Goldman, Helen Keller und anderen Frauen zu durchsuchen, die auf ganz besondere Weise Geschichte gemacht haben, aber bisher von männlichen Historikern und männlichen Gelehrten ignoriert worden sind. Ich machte mich daran, diese tapferen Frauen wieder zu entdecken.»³¹ Obwohl noch jung, war sie schon erfahren. Ihre Überzeugungen hatten sich herauskristallisiert.

In Willy Brandt glaubte sie einen Seelenfreund gefunden zu haben. Die moralische Festigkeit zu widerstehen, der Mut sich zu erinnern und die Vision, Grenzen zu durchbrechen, das waren für Petra Kelly die Fähigkeiten, die Willy Brandt charakterisierten. Mit Brandts Sturz 1974 über einen Spionageskandal im Kanzleramt verlor Kelly die Hoffnung in die einzige Partei, die sie des frischen Denkens für fähig hielt. Brandt war für Kelly kein gewöhnlicher Politiker gewesen. Der Kontrast zwischen ihm und dem im Dritten Reich aufgewachsenen Schmidt erschien ihr wie der Unterschied zwischen einem strahlenden Horizont und der sich behauptenden Dunkelheit. Aus ihrer Sicht verhielt Schmidt politisches *business as usual*, eine von auswechselbaren Mäusen betriebene Tretmühle. Als sie 1979 aus der SPD austrat, suchte sie ein politisches Betätigungsfeld, das politisches Neuland erschließen würde. Ihr schwebte für die Grünen ein Programm vor, das versuchen würde, politische Macht neu zu gewichten: «Grüne Politik basiert auf direkter Demokratie – wir versuchen, Macht so umzudefinieren und umzugestalten, dass sie von unten nach oben fließt. Wir versuchen, Macht zu dezentralisieren und die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen, von Gemeinschaften und Gesellschaften zu maximieren. Das bedeutet, zentralisierten Bürokratien – und vor allem dem militärisch-industriellen Komplex – Macht abzunehmen und sie den Leuten vor Ort zu geben. Es bedeutet auch, über nationale und ideologische Grenzen hinweg Bündnisse zu schließen mit Anderen, die für Frieden und Umweltschutz streiten. Es bedeutet, Regierungsmacht vom Staat weg hin zu kleineren und immer kleineren Organisationseinheiten zu verschieben. In der Wirtschaft bedeutet Graswurzeldemokratie ein Produktionssystem, das die Selbstverwaltung der Arbeiter maximiert und Unternehmens- oder Regierungskontrolle minimiert. Es bedeutet Produktionseinheiten von überschaubarer Größe, die lokal ansprechbar und sich ihrer globalen Verantwortung bewusst sind. Vielleicht kommt irgendwann der Tag, an dem die Grünen einen wahrhaft demokratischen und ökologischen Partner unter den etablierten politischen Parteien finden, aber bis dahin müssen wir im Parlament als eine Antiparteienpartei wirken, als ein Experiment in radikaler parlamentarischer Opposition, nicht bereit, aus politischen Erwägungen fundamentale Werte zu kompromittieren.»³²

Aus der SPD auszutreten erfüllte Petra Kelly mit großer persönlicher Trauer. «Sie sagte mir einmal», schreibt Mark Hertsgaard, «dass sie drei Tage lang geweint habe, als sie aus der Partei Rosa Luxemburgs austrat.»³³ Doch Kelly blickte nie zurück. Sie ging *nie* von ihrem Entschluss ab, *nie* in die normale Politik zurückzukehren. Der Bruch mit der SPD fiel Kelly schwer, doch er bereitete ihr den Weg in die Antipolitik. Nachdem sie sich von konventioneller und «offizieller» Politik gelöst hatte, erhob sie *Nichtkooperation* zu einem Grundprinzip. Ihre politische Entfremdung war abgeschlossen.

II

In ihrer Fischer-Biographie schreibt Sybille Krause-Burger, dass Joschka Fischer in den frühen 1980er Jahren die Grünen dazu anhielt, in den Parlamenten mitzuarbeiten, und «Petra Kellys Anti-Parteien-Partei widerlegte».³⁴ Fischer, Parlamentarischer Geschäftsführer der ersten Grünen-Fraktion, in der Kelly eine von drei Sprechern war, hat einen ganz anderen Hintergrund und ist aus ganz anderem Holz geschnitzt als Petra Kelly. Der Sohn ungarischer Einwanderer deutscher Abstammung machte nie Abitur und war auf eine Vielzahl von Gelegenheitsjobs angewiesen, um seinen Lebensunterhalt zu sichern – er verkaufte Spielzeug, trug Post aus, malte religiöse Bilder, übersetzte Pornographie, arbeitete bei Opel am Fließband. Im Gegensatz zu Kelly ein Achtundsechziger, wurde Fischer ein Anhänger von Dany «le Rouge» Cohn-Bendit, einem Verfechter der «spontanen Revolution». Als Theoretiker der anarchistischen Neuen Linken hatte Cohn-Bendit die Vision einer von wechselnden sozialen Gruppen am Leben gehaltenen «permanenten Revolution». Fischer und Cohn-Bendit wurden gute Freunde, wohnten in derselben Wohngemeinschaft und durchliefen eine ähnliche politische Entwicklung. Beide rebellierten gegen das «Establishment» und keiner von ihnen ging zur Wahl. Ende der siebziger Jahre jedoch kamen beide zu der Überzeugung, «die Zeit des revolutionären Heroismus» sei «offenbar vorbei, und das wurde verständlicherweise auch als Sinnverlust empfunden».³⁵ Rebellion war zehn Jahre lang ihr Lebensinhalt gewesen. Cohn-Bendit machte den ersten Schritt – er ging zur Wahl. Später stellte er sich als Kandidat der Grünen zur Wahl und ist heute Abgeordneter im Europaparlament. Fischer dachte darüber nach, in eine «Partei» einzutreten – die Grünen.

Joschka Fischer trat 1981 den Grünen bei. Die Entscheidung fiel ihm nicht leicht. Krause-Burger interpretiert Fischers politische Wende als Hinweis darauf, dass «der verlorene Sohn ... wieder da (war), er war bereit, einen Part, eine Verantwortung im Spiel der gesellschaftlichen und sogar der parlamentarischen Kräfte zu übernehmen»³⁶. Indem er seine radikale anarchistische Position aufgab und in die «Partei-politik» zu den Grünen ging, hatte Fischer «sich vom Straßenkämpfer zum Parteikämpfer gewandelt»³⁷.

Nach seinem Parteibeitritt beschrieb Fischer sich als «Realo», bereit, auf ein Regierungsbündnis mit der SPD hinzuarbeiten. Kellys «radikale parlamentarische Opposition», also die Bereitschaft, einem Parlament als permanente Opposition zur Regierung anzugehören, verbunden mit der Weigerung, irgend einem Kabinett beizutreten, sah er jetzt als «Unsinn»³⁸ an. «Warum die Revolution auf der Straße nicht funktioniert, im Parlament aber funktionieren soll, das hat mir keiner klar machen können»³⁹, sagte er. Fischer, als intelligent, unverschämt und ausdrucksstark bekannt, schilderte Kellys Position als absurdes Rätsel: «Die Verbindung dieser beiden Momente, der realpolitischen Möglichkeit und des existenziellen Bedürfnisses, hat nun etwas Neues geboren: den Anti-Parlamentarismusparlamentarismus. ... Damit wurde ein Paradoxon gelöst, ähnlich dem von der Henne und dem Ei. Und das war ganz einfach. Wenn ein Anti-Parlamentarier nur noch im Parlament als Anti-Parlamentarier überleben kann, so macht er das Parlament eben zum Anti-Parlament, in dem er Parlamentarier wird, oder das Parlament anti-parlamentarisiert sich, weil der Anti-Parlamentarier parlamentisiert, oder das Antiment parliert den Tari-Anti, oder... Kurz: der Schwachsinn hält seinen Einzug in die Volksvertretung, vertreten von uns! So war es wohl gemeint, oder?»⁴⁰

Fischer war in eine Partei eingetreten, nicht in eine Antipartei, und er arbeitete bald daran, die Grünen zu einer «echten» Partei zu machen. Daher trat er dafür ein, die Grünen zu einer «normalen» Partei umzugestalten, mit Vorsitzenden und einer Organisationsstruktur, die im Wahlkampf bestehen konnte. Fischer «hatte sich vorgenommen, in der Politik etwas zu erreichen»⁴¹.

Der Untertitel von Krause-Burgers Biographie, «Der Marsch durch die Illusionen», bildet das durchgehende Thema ihres Buches. Als Sponti glaubte Fischer, die Rebellion gegen den Staat, die Hierarchie und die Macht könne gelingen. Später hielt er das für illusorisch. Als Straßenkämpfer hatte er nichts erreicht außer der eigenen Marginalisierung: «Die Perspektivlosigkeit, das Rummhängen, das Nicht-wissen-was-tun wird immer unerträglicher. Die Luft im G[h]etto ist zum Ersticken, und die Wirklichkeit hat sich durch unseren Rückzug auf uns selbst auch nicht verändert.»⁴² Krause-Burger kommentiert: «Den Marsch durch die Illusionen, der den Grünen in Bonn [nach der Wahl von 1983] noch bevorstand, hatte er schon hinter sich. ... Er zählte zu den wenigen in der Fraktion, die nicht für heftige Gefühle, für Weltverbesserung, sondern für die praktische Vernunft eintraten.»⁴³

Fischers Beziehung zur Grünen Partei war gelegentlich schwierig, vor allem seit er 1998 Außenminister wurde. Als Außenminister war er der Kontinuität in der deutschen Außenpolitik verpflichtet, die auf der EU, dem Euro und der Expansion der NATO nach Osteuropa beruhte. Seine Glaubwürdigkeit als Umweltpolitiker hat er bewahrt, obwohl hier die Frage der Atomenergie Probleme bereitet hat. Er ist für einen «frühestmöglichen» Ausstieg aus der Atomenergie und für eine ökologische Steuerreform eingetreten. Und doch hat auf dem Parteitag der Grünen in Bielefeld am 13. Mai 1999 ein radikaler Pazifist ihn aus Protest gegen seine Unterstützung des Kosovokriegs mit einem Farbbeutel beworfen und ihn am Ohr verletzt. Für manche Grüne bleibt Fischer ein «Verräter». Krause-Burger hingegen beschreibt Fischer als selbstgemachten Politikdarsteller, der seinen Erfolg seinen eigenen Talenten und politischen Instinkten und nicht der grünen Partei verdankt, und zitiert Fischer so: «Ich bin Parlamentarier mit Leib und Seele. (...) Das Machtspiel ist das Faszinierende.»⁴⁴

Das Spiel mitzuspielen, erfordert jedoch Kompromisse. Joschka Fischer hat Kompromisse gemacht. Petra Kelly war immer klar, dass Kompromisse im Machtspiel unausweichlich sind. «Wenn die Grünen am Ende einfach nur eine Öko-SPD sein sollten», bemerkte sie einmal, «dann ist das Experiment vorbei – dann ist es vergeudete Zeit gewesen.»⁴⁵

III

In welcher Hinsicht waren die Grünen für Kelly ein Experiment? Als eine Antipartei sollten die Grünen antipolitisch sein. Kelly behauptete, den Begriff «Antipartei» als erste geprägt zu haben, und erklärte seine Bedeutung so: «Vor exakt zehn Jahren, bei der Gründung der deutschen Grünen, prägte ich für sie den Begriff Antiparteienpartei als Ausdruck jener neuen Form der Macht (Gegenmacht), von der wir alle sprechen. Dies ist die Macht der gewaltfreien Veränderung und gewaltfreien Transformation. 'Macht über' soll ersetzt werden durch 'geteilte Macht', durch die 'Macht, Dinge zu tun', durch die Entdeckung unserer eigenen Stärke im Gegensatz zur passiven Rezeption der von anderen, oft in unserem Namen, ausgeübten Macht. Es ist nicht die

Fähigkeit, andere zu dominieren – nicht die Fähigkeit, zu terrorisieren oder zu unterdrücken –, sondern die Fähigkeit zur gewaltfreien Veränderung. Der ungarische Schriftsteller György Konrád hat es noch besser ausgedrückt mit seinem Begriff der 'Antipolitik', einer moralischen Macht.»⁴⁶

Für Kelly waren die Grünen kein alter Wein in neuen Schläuchen. Kelly glaubte, eine ganz neue politische Form zu entwickeln – selbst die Sprache, um diese Form zu beschreiben, musste erst erfunden werden.

Kelly scheint György Konrád nicht persönlich gekannt zu haben, aber sie war offensichtlich intellektuell von ihm inspiriert. Konráds Buch «Antipolitik» erschien 1984, ein Jahr nach dem Parlamentseinzug der deutschen Grünen. Der gelernte Soziologe Konrád, auch Romancier, wurde berühmt durch sein 1973 veröffentlichtes Buch «Intellektuelle auf dem Weg zur Macht», das ihn im kommunistischen Ungarn ins Gefängnis brachte.

Konrád bot eine Kritik des zeitgenössischen Megastaats und plädierte für eine Revitalisierung der Zivilgesellschaft: «Wir müssen unser Leben entpolitisieren. ... Ich wünsche mir vom Staat, dass er sich um seine Angelegenheiten kümmert, dass er sich darum gut kümmert. Er soll sich überhaupt nicht um Dinge kümmern, die nicht seine Sache sind, sondern Sache der Gesellschaft.»⁴⁷ Der Antipolitiker will «den Bannkreis staatlicher Politik und vor allem den Rüstungsapparat unter der Kontrolle der bürgerlichen Gesellschaft halten.»⁴⁸ Antipolitik ist daher «das Politisieren von Menschen, die keine Politiker werden und keinen Anteil an der Macht übernehmen wollen.»⁴⁹ Konrád stellte sich demokratische Opposition als «nicht eine politische, sondern als antipolitische Opposition» vor, denn «substantieller Aufgabenbereich dieser Opposition [sei die] Entstaatlichung der Gesellschaft»⁵⁰.

Konrád hielt den Intellektuellen für die Schlüsselfigur bei der Emanzipation der Zivilgesellschaft. Als ungebundener Denker übt der Intellektuelle geistige Macht aus, indem er die politischen Machthaber implizit oder explizit herausfordert. Dadurch übernehmen unabhängige Intellektuelle die Rolle von «Grenzverletzern», und ihr «geistiges Gewicht ist proportional zu der Masse [ihrer] Grenzverletzungen.»⁵¹ «Die geistige Macht unterscheidet sich von der politischen Macht dadurch, dass sie durch Auflehnung und Entrüstung nur erstarkt.»⁵² Die moralische Macht des Intellektuellen ist so führend daran beteiligt, dem politischen Bereich psychologischen und sozialen Raum zu entwinden und der Zivilgesellschaft zurückzugeben. Dagegen verlieren kooptierte Intellektuelle, Diener der Macht, ihre intellektuelle Freiheit und opfern ihr Ansehen als Intellektuelle. Antipolitik versucht nicht, Regierungen zu stürzen, denn Antipolitiker «wollen nicht Regierungsbeamte werden»⁵³. Konrád erklärte, «die Veränderung der Denkgewohnheiten und prinzipiellen Vereinbarungen einer Gesellschaft, das Andersdenken der tonangebenden Kräfte [sei] das wirkungsvollste Instrument zur Veränderung der Politik»⁵⁴.

Antipolitik ist demnach der Kampf gegen geistige, räumliche und zeitliche Grenzen, die geistige Kreativität und Erfüllung einschränken; sie versucht, Grenzen zu überwinden. Ihre Bildersprache ist von Bewegung geprägt.

Kelly wollte in den Grünen jenes Bewusstsein einer außerparlamentarischen Bewegung wach halten, das sie in den deutschen Bürgerinitiativen und im Zivilen Ungehorsam kennengelernt hatte. Sie wehrte sich gegen die ideologischen Mauern, die durch die Flügelkämpfe in den Grünen entstanden waren.⁵⁵ Sie beklagte den angeblichen Eurozentrismus und, schlimmer noch, engstirnigen Nationalismus der

Grünen. «Nach acht Jahren im Deutschen Bundestag weiß ich nur zu gut, wie eurozentrisch unsere europäischen Öko-, Frauen- und Friedensbewegungen und unsere alternativen Parteien geworden sind. Es gibt bei uns auch eine sehr europäische Form der Arroganz und Selbstgefälligkeit. Je mehr Macht meine eigene Grüne Partei bei Wahlen gewann, desto 'deutscher', arroganter und besserwisserischer wurden wir.»⁵⁶ Kelly lehnte es für die Grüne Antiparteienpartei ab, die organisatorischen Grenzen einer konventionellen politischen Partei zu errichten und sich mit ideologischen Grenzziehungen einzuengen.

An irgendeinem Punkt der Entwicklung kristallisierte sich dieses Antiparteientum in Kellys Bewusstsein als Antipolitik. Begonnen hatte diese Entwicklung mit ihrem Bruch mit der SPD, entscheidend jedoch war ihr Kontakt zu osteuropäischen Dissidenten. Kelly beschrieb ihre Erfahrungen mit den Dissidenten als «etwas, das ich nie vergessen werde», und sagte, sie habe von ihnen viel über Antipolitik gelernt. «Durch meine langjährige Freundschaft mit Lew Kopelew, dem russischen Schriftsteller und Dissidenten, und durch seinen Freundeskreis in Moskau lernte ich den Gedanken einer Zivilgesellschaft zu verstehen – Zivilgesellschaft und Antipolitik – die beiden wichtigsten Konzepte, die ich bei der Bürgerrechtsbewegung in Osteuropa kennengelernt habe.»⁵⁷

Kelly betrachtete die osteuropäischen Dissidenten als die moralische Avantgarde einer Transformation Europas und vielleicht der Welt. Sie kämpften für einen entpolitisierten Raum für den Einzelnen. Im September 1989 sprach sie über den gemeinsamen Wunsch der verschiedenen osteuropäischen Menschenrechtsbewegungen, die Zivilgesellschaft zurückzugewinnen, was «einen Raum bedeutet, wo sich unabhängige Diskussion und Kritik entwickeln kann, wo eine Alternative zu dem staatlichen Informations- und Erziehungsmonopol gedeihen kann, wo versucht werden kann, den willkürlichen und arroganten Machtgebrauch des Staates seinen eigenen Bürgern oder anderen Ländern gegenüber einzuschränken, und wo nicht zuletzt der Erstarrung und der Isolation der Blockmentalität etwas entgegengesetzt werden kann.»⁵⁸

Mit der «Blockmentalität» waren die ideologischen Barrieren zwischen Ost und West im Kalten Krieg gemeint. In dieser Welt des Kalten Krieges, in der Grenzen – manchmal wortwörtlich durch Stacheldraht, Landminen und bewaffnete Soldaten auf Aussichtstürmen markiert – die Welt in verfeindete Lager spalteten, engagierte sich Kelly für eine Welt ohne Grenzen. Sie spielte in dieser Hinsicht ein hochgefährliches Spiel; in einer parteilichen Welt kann «Offenheit» als verdeckte Unterstützung der Gegenseite wahrgenommen werden. Ihre politischen Aktivitäten machten Kelly für Regierungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zur *persona non grata*.

Kelly bestand felsenfest darauf, dass «Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte nicht nur für die Einen gelten können und die Anderen aber nicht und ein Bekenntnis zu ihrer Umsetzung nicht durch staatliche Interessen diktiert werden kann»⁵⁹. In diesen Fragen sah sie sich als «außerhalb» des Staates stehend an, und erklärte: «Der Staat ist nicht absolut und Loyalität zum Staat kann nicht absolut sein. Loyalität zu uns gegenseitig und zum gesamten Leben auf der Welt ist viel wichtiger als jede Ideologie, jedes politische System, jede Grenze oder jedes Militärbündnis.»⁶⁰

Wohl gemerkt wandte sich Kelly nicht gegen den Staat an sich, im Gegensatz zu manchen anderen Grünen. Sie sagte, «der Staat tut viel Schlechtes, aber er garantiert Rechte. Es reicht nicht, zu sagen, 'Wir haben eine gute Demokratie'. Wir müssen sie immer weiterentwickeln und verbessern.»⁶¹

Sie trat dafür ein, im Interesse der Menschenrechte in die internen Angelegenheiten von Staaten einzugreifen, und betrachtete es als die moralische Verantwortung der UNO, «sich in die inneren Angelegenheiten von repressiven Regimen einzumischen, die den Leben der Menschen innerhalb ihrer Grenzen Gewalt antun»⁶². Die UN dürfen jedoch mit dieser Verantwortung nicht alleingelassen werden. Für Kelly war «Einmischung im Namen der Menschenrechte die Aufgabe jedes Einzelnen»⁶³.

«Sich einmischen ist ein wesentlicher Aspekt grüner Politik. Während der Jahre des Kalten Krieges traten viele von uns westdeutschen Grünen dafür ein, sich in die inneren Menschenrechtsangelegenheiten beider Blöcke einzumischen, ohne Bündnistreue zum Weißen Haus oder zum Kreml. Wir protestierten gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan und gegen den US-Militarismus in Mittelamerika und der Karibik. Wir demonstrierten mit unseren ostdeutschen Freunden auf dem Alexanderplatz für Frieden und Menschenrechte. Wir demonstrierten in der Türkei gegen eine als NATO-Mitglied akzeptierte Militärdiktatur. Und wir demonstrierten sowohl in Moskau als auch in Washington gegen die Verbreitung von atomaren Waffen. Aber die Weste der deutschen Grünen ist nicht unbefleckt. Eine der schmerzhaftesten Erfahrungen in all meinen Jahren als Aktivistin war, dass viele deutsche Grüne das tibetische Volk in seinem Kampf gegen die völkermörderische Politik Chinas im Stich gelassen haben. (...) Unser Schweigen – das Schweigen der internationalen Gemeinschaft und das Schweigen der Friedens- und der progressiven Bewegungen – mordet Tibet.»⁶⁴

Kelly benutzte Publicity als ihre antipolitische Methode in ihren Versuchen, den Staat rückzubauen (zu entpolitisieren und zu entstaatlichen) und Raum für die Zivilgesellschaft zurückzugewinnen. Alle Staaten, behauptete sie, versuchen, den Zugang zu Information zu beschränken, und verbreiten falsche Informationen. Als Antipolitikerin sah sie sich (und die Grüne Antipartei) in der Rolle eines Verteilers von *Gegeninformation*, also Information, die außerhalb der Grammatik der modernen Kultur und der politischen Kaste liegt. Jede politische Kultur enthält ihre eigene Grammatik und schafft dadurch implizite und explizite politische Übereinkünfte (Michel Foucault definiert Institutionen als «nichtdiskursive Domänen»). Alles, das nicht der Logik dieser Grammatik folgt, trifft auf kognitiven Widerstand oder Widerspruch. Eine Veränderung der Kultur, Kellys eigentliches Ziel, erfordert eine neue Grammatik, eine neue Sprache, rund um die eine neue Sprach- oder Deutungsgemeinschaft entstehen kann. Petra Kelly versuchte, diese neue Grammatik und Sprachgemeinschaft zu erschaffen. Das Ziel von Gegeninformation war also, eine «sachkundige Störung» der vorherrschenden kulturellen Denk- und Ausdrucksweisen zu schaffen.

Kelly sprach nicht offen von intellektueller Macht im Konradschen Sinne, aber sie versuchte, durch die Grünen die Öffentlichkeit mit einem steten Strom von Gegeninformation zu beliefern. Zumindest in dieser Hinsicht sollte die Antipartei eine «intellektuelle» Antipolitikfunktion wahrnehmen. Wie Konrad erhoffte sich auch Kelly eine sprunghafte Vermehrung von internationalen öffentlichen Foren, in denen die Menschen Gegeninformationen erhalten und diskutieren könnten. Zu diesem Zweck organisierte sie 1990 mit Ost- und Westeuropäern die Helsinki Citizens' Assembly, eines von mehreren derartigen von ihr initiierten Foren. Sie war berühmt für ihre weltweiten gegeninformationellen Vorträge und Schriften, ihre endlosen Faxe und ihre stete Präsenz am Kopierer.

Das Parlament mit seinen Ressourcen und seinem landesweiten Publikum war für Kelly von vitaler Bedeutung nicht als Pfad zur Regierungsmacht, sondern als öffentliche Bühne. Das war es, was die Grünen nicht verstanden. Die konzeptuelle Entwicklung aus dem Antiparteientum in die Antipolitik fand bei den Grünen keinen Widerhall. Die Realos sahen in dem dialektisch aufgeladenen Begriff der «Antipartei» wahrscheinlich eine Spitze gegen die SPD, während die Fundis zweifellos auf seine revolutionären Implikationen ansprachen. Als nicht an Regierungsmacht interessierte Antipolitikerin stand Kelly allein. Jedoch genoss sie die Möglichkeiten zur Verbreitung von Gegeninformation, die ihr die Position einer Parlamentsabgeordneten bot. Kelly brachte in die Parlamentsdebatten Gegeninformationen zu Themen wie «Brasilien und der Bau von Atombomben», die «Beteiligung deutscher Ingenieure an einem Raketenprojekt in Indien» und zu der Tatsache, dass «Deutschland nie Reparationen für Guernica geleistet hat»⁶⁵ ein. Die Protokolle des Bundestags verzeichnen auch unzählige Fragen Kellys zur deutschen Verantwortung für die Opfer der Nazis. Der Bundestag verlieh Kelly eine besondere «Stimme». Den Verlust dieser Stimme durch die grüne Wahlniederlage von 1990 empfand sie als niederschmetternd.

IV

Kelly sah die osteuropäischen Dissidenten als ein Modell für Antipolitik überall an. Sie waren sich ihrer Ziele sicher und zeigten großen Mut – sie hatten, was Kelly «moralische Souveränität» nannte. 1990 erklärte sie westliche Vorstellungen für «noch immer traurig arm an Vorstellungskraft» und «den radikalen Veränderungen in Osteuropa nicht angemessen»⁶⁶. Sie hoffte, die osteuropäischen Dissidenten würden eine neue Politik im Westen anregen, «nun da auch wir in Westeuropa lernen, Dissidenten zu werden, so dass auch wir eine Zivilgesellschaft bei uns zu Hause bauen können»⁶⁷. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, als der Westen hoffte, Osteuropa nach dem Ebenbild des «siegreichen» Westens transformieren zu können, stimmte Kelly mit ihrer Gegenutopie in diese Melodie nicht ein.

In Václav Havel fand Kelly *den* Antipolitiker. Der Schriftsteller und Dissident Havel hatte politisch kontroverse Stücke in der Tradition des Absurden Theaters geschrieben, die die Sinnlosigkeit des Lebens unter der sozialistischen Bürokratie schilderten. Er hatte unter dem Kommunismus für seine Prinzipien gelitten und verkörperte jene entschlossene Haltung, die Kelly so imponierte. Des weiteren bewies Havels «samtene Revolution» gegen den Kommunismus in der Tschechoslowakei, dass Veränderung auf gewaltfreiem Wege tatsächlich möglich war. Zudem weigerte sich Havel nach der Revolution, sich an der Parteipolitik zu beteiligen, nahm aber das Amt des Präsidenten der Tschechischen Republik an. Havels Biographin Eda Kriseova beschreibt seine Rolle als Präsident als die eines «Garanten der Legitimität der politischen Lösung, als Bewahrer der politischen Kultur und der moralischen Dimension der Politik.»⁶⁸

Dunkle Wolken überwältigten diese vielversprechenden Zeichen am Horizont Europas nach dem Kalten Krieg. Die gesamtdeutschen Wahlen von 1990 schlossen den Prozess der deutschen Wiedervereinigung ab und zerschlugen endgültig Kellys Hoffnung auf ein unabhängig demokratisiertes, entmilitarisiertes Ostdeutschland, das ein Experimentierfeld für die Grünen hätte werden können. Sie fürchtete die

Macht eines vereinigten Deutschlands. Als Europäische Föderalistin hatte sie die Expansion der EU nach Osteuropa und Russland vorausgesehen. Die Europäische Union hatte jedoch keineswegs die Absicht, Russland oder mehr als Teile von Osteuropa aufzunehmen. Kelly hatte auf ein «kreatives und fantasievolles europäisches System der kollektiven Sicherheit, vielleicht sogar ein System kollektiver sozialer Verteidigung» gehofft, vielleicht auch auf eine Stärkung der KSZE, um die NATO zu ersetzen. Stattdessen musste sie mit ansehen, wie die EU in ein «Militär- und Sicherheitsbündnis» unter deutscher Führung mit der NATO umgewandelt wurde.⁶⁹

Für die Welt als Ganzes sah Kelly eine globale Zweiklassengesellschaft als das politische Muster der Zeit nach dem Kalten Krieg an. Nach der Abrüstung in Ost und West würde der Süden die Märkte für die Waffenproduzenten und -händler des industriellen Nordens liefern. «Es ist die Dritte Welt», schrieb sie, «die wieder einmal die ökologischen Kosten der neuen Industrien und der Konsumorientierung im Norden tragen wird, einschließlich der Kosten für die ökologische Erneuerung Osteuropas. Ost- und Westeuropa werden die Dritte Welt mehr und mehr als Müllhalde benutzen. Und wenn die Transportrouten in die Dritte Welt zu lang sein sollten, wird der Westen Osteuropa als Müllhalde benutzen.»⁷⁰ Diese «Globalisierung von oben», wie Kelly diesen Trend nannte, war ihrer Ansicht nach kein Rezept für eine «Neue Weltordnung», sondern für Konflikte und möglicherweise Völkermord.

Hätte Petra Kelly noch einige Jahre länger gelebt, hätte eine neue Wendung der Ereignisse ihr vielleicht Hoffnung gegeben. 1998 wurde der ehemalige Militärdiktator von Chile, Augusto Pinochet, während eines Urlaubs in London unter dem Vorwurf der Verbrechen gegen die Menschenrechte verhaftet. Spanien hatte durch die Europäische Union Pinochets Verhaftung beantragt (unter den «Verschwundenen» waren mehrere spanische Staatsbürger gewesen), und das Auslieferungsbegehren (entweder an Spanien oder an Chile) fand seinen Weg bis vor das höchste britische Gericht, die Law Lords des Oberhauses. Der Prozess stellt eine faszinierende Fallstudie aktueller Entwicklungen in der Europäischen Union dar. Hier sind jedoch nur zwei Elemente des Falles relevant. Zum einen feierten internationale Menschenrechtsorganisationen Pinochets Verhaftung als das Ergebnis ihrer langjährigen Öffentlichkeitsarbeit und Lobbykampagne für eine Anklage gegen Pinochet. Zweitens zeigte die Verhaftung, dass «diplomatische Immunität» als Schutzschild gegen Strafverfolgung für Inhaber öffentlicher Ämter, die im Amt Verbrechen begangen hatten, erfolgreich herausgefordert worden war. [...]

Und China? Kelly erinnerte an die Demokratiebewegung chinesischer Studenten, Arbeiter und Intellektueller und nannte die Niederschlagung der Bewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens «Staatsterrorismus in vollendeter Form.»⁷¹ Nur zwei Jahre nach Kellys Tod richteten sieben mutige chinesische Intellektuelle eine Petition über Menschenrechte an Jiang Zemin. Sie sprachen Petra Kellys Sprache, als sie in ihrer Petition schrieben, «über Modernisierung ohne Menschenrechte zu sprechen ist wie auf einen Baum zu klettern, um Fische zu fangen»⁷².

Für Petra Kelly wären all das Beispiele für «Globalisierung von unten» gewesen, das Ziel der Antipolitik. Und natürlich können wir die Auswirkungen des Internets auf diese Globalisierung von unten noch nicht beurteilen, aber die bisherigen Indizien legen nahe, dass das Internet zu einer Machtverlagerung nach unten führen wird. Petra Kelly hatte das Pech, das Internet nicht mehr kennenzulernen. Das

Internet hätte ihren antipolitischen Hoffnungen neues Leben eingehaucht. Vielleicht wäre Kelly zu dem Schluss gekommen, dass ein Blog ihr eine mächtigere Bühne für Gegeninformation geboten hätte als das Parlament!

V

Für Petra Kelly konnte eine Transformation der Politik, eine Neuausrichtung ihrer Werte, nicht auf der Basis alter Paradigmen und alter Identitätsstrukturen stattfinden. Sie dekonstruierte diese Paradigmen, um den Entmächtigten Macht zu geben, um neue Gender-Identitäten und Geschlechterbeziehungen zu schaffen, um die Macht der Gemeinschaft, der Zivilgesellschaft, im Gegensatz zu staatlicher Macht zu fördern, um kulturelle und geistige Vielfalt zu pflegen und um die Beziehung des Menschen zu seiner natürlichen Umgebung auf eine neue Grundlage zu stellen. In all diesen Bemühungen ist sie beispielhaft für die *postmoderne* Absicht. «Die 'Situation der Postmoderne' stellt nicht einfach nur die Unterscheidung oder die Wahl zwischen sozialen und kulturellen Identitäten in Frage», schreibt Ernesto Laclau, «sondern den Status und die Logik der Konstruktion dieser Identitäten.»⁷³ Petra Kelly griff die Paradigmen des Patriarchats, des Eurozentrismus, der Staatsfixiertheit und des Fortschritts als materiellen Fortschritt an und versuchte sie durch eine neue humanistische Kultur zu ersetzen. Indem sie «die Geschichte der Ontologie» (Heidegger) dekonstruierte, war Kelly wahrhaft revolutionär.

Petra Kelly ragt hervor als eine Theoretikerin *globaler* Politik. Mit guten Gründen kann man sie die erste Theoretikerin dieser Art nennen. Sie gab der globalen Menschlichkeit einen konzeptuellen Rahmen, indem sie Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden zusammendachte. Sie gründete oder war Mitbegründerin von weltweiten Organisationen, die Frauenrechten, Minderheiten ohne politische Vertretung (indigenen Völkern), Kindern und dem Frieden gewidmet waren. Für sie persönlich hatten nationale Grenzen keinerlei Bedeutung.

Während der Jahre des Kalten Krieges traf Petra Kellys Politik ohne Grenzen auf energischen Widerstand. Nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch finden Kellys Ideen ihren passenden Kontext. Die Globalisierung höhlt alle Grenzen aus. Der globale Kapitalismus greift über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus. Die Informationskanäle des Internets verbinden alle Winkel der Erde zu einem «globalen Dorf» (Marshall McLuhan). Der *Andere* erhält ein Gesicht (Emmanuel Levinas) und macht es unmöglich, der eigenen moralischen Verpflichtung auszuweichen. «Die Welt», schreibt Christa Daryl Slaton, «befindet sich in einer Periode radikaler Transformation. ... Nicht nur werden neue politische Systeme erschaffen, sondern tief verankerte Grundwerte werden in Frage gestellt, und fundamentale epistemologische Fragen werden neu gestellt und neu beantwortet. Was wissen wir? Woher wissen wir es? Was ist der Ursprung und die Natur unserer Existenz? Was bedeutet das alles?»⁷⁴ Dies sind genau die Fragen, die Petra Kelly beschäftigten.

Erleben wir in dieser «Periode radikaler Transformation» die Auflösung des westfälischen Staates? Was bedeutet staatliche «Souveränität» heute? Noch ist keine klare Antwort erkennbar. Petra Kelly jedoch hatte den Nationalstaat bereits hinter sich gelassen und «nationale» Führer als «lokale» Führer innerhalb einer internationalen «Gemeinschaft» vorausgesehen. Die Europäische Union stellt, indem sie ihre Mitgliedsstaaten schrittweise auflöst, einen Mikrokosmos einer solchen globali-

sierten Gemeinschaft dar. Kelly versuchte, das Verantwortungsbewusstsein des Bundestags zu «globalisieren», wenn sie Resolutionen zu Themen einbrachte wie den amerikanischen Ureinwohnern, den australischen Aborigines, Tibet und weltweiten Gesundheitsfragen. Sie brachte den Bundestag dazu, einstimmig eine Resolution gegen die chinesischen Menschenrechtsverletzungen in Tibet zu verabschieden.

Petra Kelly sprach von der Notwendigkeit, politische Macht zu dezentralisieren und lokalen Gemeinschaften die Möglichkeit zu geben, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln. Die Globalisierung wird nun von einem gegenläufigen Trend begleitet: der Abgabe von Macht nach unten als einem Weg, das Regieren neu zu erfinden. «Big Government» ist unter Generalverdacht geraten. England hat Schottland und Wales das Recht auf Selbstverwaltung zugebilligt. Frankreich hat 1999 ein Abkommen unterzeichnet, das das Recht der Bretagne, der Provence und des Baskenlandes anerkannte, ihre indigenen Sprachen im Schulunterricht und in Funk und Fernsehen zu verwenden. Bereits seit den Tagen Mitterrands ist Frankreich um eine Stärkung der lokalen Gemeindeverwaltung bemüht. Um schnellfließende Internetinformationen effektiver nutzen zu können, haben selbst Unternehmen ihre hierarchischen Strukturen in mobilere Netzwerkeinheiten umgebaut. Und natürlich kann heute jeder vom eigenen PC aus Internethandel betreiben.

Petra Kelly wollte den Staat rückbauen, um der Zivilgesellschaft Raum zu geben. Helmut K. Anheier, Direktor des Centre for Civil Society an der London School of Economics, schreibt: «Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Bürgerschaftliches Engagement und Gemeinsinn – Begriffe, die bis vor kurzem allenfalls einige Sozialwissenschaftler interessiert hätten, sind plötzlich in aller Munde. Was steht hinter dieser Aufmerksamkeit, welche Entwicklungen und Tendenzen zeichnen sich ab, und warum spielen diese Begriffe gerade heute eine so große Rolle?»⁷⁵

Der Zuwachs an gemeinnützigen zivilgesellschaftlichen Gruppen ist mit den Regionalisierungstendenzen verknüpft. Solche Gruppen befassen sich etwa mit Kultur, Sozialarbeit, Umweltschutz und internationaler Politik. In diesem Zusammenhang stellt Anheier eine entscheidende Frage mit Anklängen an Kelly: «Wie jüngste Entwicklungen zeigen, sind gerade die sogenannten Themenanwälte, das heißt Organisationen, die in Bereichen wie Umwelt oder internationalen Aktivitäten tätig sind, aktuell besonders attraktiv für das Spenden von Geld als auch für ehrenamtliches Engagement. Ist das Vorhandensein solcher Themenanwälte gleichzeitig als Indiz dafür anzuführen, dass die Organisationen im Dritten Sektor in der Lage sind, auch Kontrollfunktionen gegenüber dem Staat wahrzunehmen, dem Staat Grenzen aufzuzeigen?»⁷⁶

Petra Kelly hoffte, durch Antipolitik die Regierung kontrollieren und reformieren zu können. Gegeninformation sollte «offizielle» Information stören. Ihr Konzept einer radikalen parlamentarischen Opposition ist jedoch problematisch. Ist es demokratisch verantwortlich gehandelt, wenn Parlamentarier eine Regierungsbeteiligung ablehnen? Wird Wählern dadurch nicht Vertretung verweigert? Und wären die Wähler, praktischer gefragt, überhaupt auf Dauer bereit, eine Partei ins Parlament zu wählen, die Übernahme von Regierungsverantwortung verweigert? Sicherlich hoffte Kelly doch, dass die Grüne Stimmenzahl wachsen und nicht schrumpfen möge, dass sie nicht für immer in «permanenter Opposition» bleiben würden. Wenn die Grünen eine Mehrheit der Stimmen gewännen, hätten sie doch, so steht zu vermuten, die Macht übernehmen und ihr Programm in die Tat umsetzen sollen.

Die Umsetzung dieser Idee bleibt unentwickelt. Doch weist uns Kelly hinsichtlich demokratischer Opposition in eine interessante Richtung. Wie uns die englische Parlamentsgeschichte lehrt, war die Idee der «loyalen Opposition Ihrer Majestät» ein revolutionärer Zivilisationsfortschritt. Zuvor war es nicht möglich, Opposition als Opposition zur *Politik der Regierung* zu verstehen und nicht zur *Legitimität der Monarchie (des Staates)*. Begriff und Praxis von Opposition haben jedoch seit den Tagen Elizabeth I und ihres rebellischen Parlaments einen weiten Weg zurückgelegt. Opposition ist heute Teil des «Systems» geworden. Ist sie noch tatsächlich oppositionell? Gibt sie dem Wähler eine echte Wahlmöglichkeit? Stellt sie noch eine wirksame Kontrolle der Regierung dar? Kelly scheint nach einem Schiedsrichter über der Regierung gesucht zu haben, einer Art Ombudsmann, wobei dieser Ausdruck allerdings zu administrativ bzw. legalistisch klingt. Was macht heutzutage echte demokratische Opposition aus? Petra Kellys Frage erfordert theoretische Beachtung.

Kelly betrachtete die Grüne Bundestagsfraktion offensichtlich nicht nur ihrer unmittelbaren Wählerschaft verpflichtet, sondern einem weiteren Kreis. Im Frühjahr 1991 schrieb sie einen «Offenen Brief an die Grüne Partei», in dem sie die Wahlniederlage von 1990 analysierte und Reformvorschläge (etwa die Abschaffung der Rotation der Grünen Parlamentsabgeordneten) machte. Sie lehnte eine Koalition mit der SPD nicht unter allen Umständen ab, wollte aber zunächst abwarten, «ob die SPD in den 90er Jahren es ernst meint mit der angekündigten ökologischen und friedenspolitischen Erneuerung»⁷⁷. Sie fährt fort: «Für mich bleiben die wichtigsten und glaubwürdigsten Koalitionspartner der Grünen weiterhin die engagierten Menschenrechtsgruppen wie amnesty international und ökologische Bahnbrecher wie Greenpeace. Die Menschen dort dürfen wir am allerwenigsten enttäuschen.»⁷⁸ Demnach hätte die Fraktion der Grünen eine ideelle Verantwortung auch gegenüber der internationalen Menschenrechts- und Umweltbewegung gehabt und nicht nur ihren Wählern. Radikale parlamentarische Opposition transzendierte also nationale Interessen.

Joschka Fischer antwortete auf innergrüne Kritik an seiner Unterstützung des Einsatzes der Bundeswehr in Bosnien sinngemäß, «dass der radikale Pazifismus den Völkermord erst möglich macht»⁷⁹. Als Vietnamkriegsgegner und Pazifist zermarterte sich Fischer den Kopf über Bosnien und den Kosovo. Seine Antwort traf die «reine Lehre» des Pazifismus an empfindlicher Stelle. Konnte diese Doktrin reale und oft brutale Fragen von Leben und Tod beantworten? Fischer konfrontierte radikale Pazifisten mit diesem scheinbar unlösbaren Dilemma.

Petra Kelly war sich dieses Dilemmas bewusst. Auf die Frage, ob sie eine destruktive Kraft wie die Nazis mit Waffengewalt bekämpft hätte, antwortete sie leise und nach einer Pause: «Ich hätte es nicht gekonnt.» Doch an einer Stelle in ihren Schriften trifft sie eine bedeutsame Unterscheidung. «Die beunruhigende Unfähigkeit», so schreibt sie, «zu unterscheiden zwischen dem, was Mengele und seine Leute in den Konzentrationslagern getan haben, und bestimmten Maßnahmen der Alliierten im Zweiten Weltkrieg ist immer noch weitverbreitet. (...) Die moralische Abgestumpftheit, die die Taten von Mengele mit brutalen Militäroperationen, die viele Opfer unter der Zivilbevölkerung gefordert haben, auf eine Stufe stellt, spiegelt das wider, was von einigen Deutschen – zu Recht – als das wesentliche Versäumnis der Deutschen gesehen wird: Ihre ‘moralische Gleichgültigkeit’. Sie wollten – oder konnten – nicht einsehen, dass das, was in ihrem Namen geschah, ein verbrecherischer Verstoß gegen ein moralisches Verhalten war.»⁸⁰

Fischers Argument kann nicht so einfach abgetan werden. Kann es nicht manchmal notwendig sein, Gewalt auszuüben, um Leben zu retten? Kelly verstand dieses Dilemma sehr gut. Sie verstand, dass die menschliche Natur wechselhaft ist, dass Wunsch und Realität auseinanderklaffen, dass Konflikte in menschlichen Beziehungen, nach der historischen Beweislage zu urteilen, unvermeidlich scheinen. Sicherlich fürchtete sie die Möglichkeit «kompromittierender» Entscheidungen wie die, die Fischer zu Bosnien treffen musste, und verweigerte sich einer Regierungsbeileiligung auch, um sich nicht in diese Situation bringen zu lassen. Ihre Antwort war, nach «nichtmilitärischen Verteidigungsformen»⁸¹ zu suchen.

Diese Antwort ist bezeichnend. Es handelt sich nicht um einen Versuch, der Frage auszuweichen. Petra Kelly dachte auf einzigartige Weise über Wege nach, Frieden zu schaffen und zu sichern. Sie forderte einen höheren Stellenwert für die Friedensforschung und riet Studenten dazu, «Friedensfragen zu diskutieren und Forschungsprojekte zu entwerfen darüber, wie man Waffensperrverträge schließt, wie man Schritte in Richtung auf einseitige Abrüstung einleitet und wie man die Menschenrechte schützt, wo immer sie verletzt werden»⁸². Wenn sie über Friedensfragen nachdachte, suchte Kelly nach *politischen* Lösungen für politische Probleme. Sie empfahl beispielsweise ein von Zivilisten getragenes System der sozialen Verteidigung.

Heute stellen wir fest, dass Probleme staatlicher Sicherheit immer öfter politische Probleme sind: Flüchtlinge und illegale Einwanderer, internationaler Drogenhandel, internationales Verbrechen. Für diese Fragen gibt es keine militärischen Lösungen. Insbesondere die Europäische Union hat diese sicherheitspolitischen Fragen als politische Herausforderung erkannt. Petra Kellys Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit hält eine Lehre bereit: Gewalt ist nicht die Fortsetzung der Politik, wie Clausewitz uns glauben machen will; sie ist das *Versagen der Politik*. Gewaltlosigkeit zwingt zu einem kreativen politischen Denken. Das bleibt Petra Kellys nachhaltigstes Vermächtnis.

Kelly verstand, dass die Umwelt das politische Kernproblem der Zukunft sein würde. Heute ist Umweltpolitik nicht mehr das Steckenpferd politischer Einzelgänger; sie ist Teil der gewöhnlichen politischen Tagesordnung geworden. In diesem Punkt ist demokratische Politik grüner geworden. Wie die Notwendigkeit, die Rechte und die Sicherheit des Einzelnen zu schützen – was den Sozialvertragstheoretikern nach zur Schaffung des liberalen Staates führte –, so kann die Notwendigkeit, die Umwelt und die damit zusammenhängenden Menschenrechte zu schützen, durchaus noch zu einem internationalen Sozialvertrag führen. Dies war Petra Kellys Hoffnung, auch wenn sie es nie in diesen Worten ausgedrückt hat.

Die Welt braucht Politiker wie Joschka Fischer *und* Antipolitiker wie Petra Kelly. In der Spannung zwischen ihnen liegt die Hoffnung auf ein besseres Morgen begründet. Aktivisten wie Kelly schaffen diese erforderliche Spannung, indem sie sich der Dynamik staatlicher Politik entgegenstellen, die notwendig zur Ausdehnung neigt, wie schon Aristoteles, Montesquieu und James Madison nachgewiesen haben. Die Schwäche von Petra Kellys gewaltfreier Antipolitik liegt in ihrem riesigen Bedarf an menschlicher Energie. Die Bürger sind aufgefordert, konstant Wachsamkeit und ununterbrochenen Widerstand zu üben. Petra Kelly widmete ihre ganze Lebensenergie diesem Unterfangen. Ist das in dieser Ära der Wahlmüdigkeit in den reichen Demokratien eine realistische Forderung?

Die Stärke von Petra Kellys gewaltfreier Antipolitik liegt darin, wie sie die Hoffnung wiederherstellt und das Gewissen wieder in den politischen Diskurs und

das politische Handeln einführt. Petra Kelly plädierte für keine bestimmte Klasse, für keine Nation, für kein *special interest*. Sie sprach im Namen der gesamten Menschheit. Sie ermutigte uns alle, uns zu bilden und unsere Rechte zu verteidigen. Hätte Petra Kelly die Zügel der Macht akzeptiert – wäre sie realistisch gewesen –, dann hätte sie ihre Fähigkeit eingebüßt, alle zu kritisieren, und wäre eine Apologetin der Macht geworden. Niemandem verpflichtet, konnte Petra Kelly ihrem Gewissen freien Ausdruck verleihen. Die Vorgaben ihres Gewissens können akzeptiert oder zurückgewiesen werden. Die Authentizität dieses Gewissens kann niemand anzweifeln; es setzt das Vorbild.

VI

Eine neue Ära hat seit Petra Kellys Tod begonnen. Vielleicht ging Gert Bastian, wie so viele andere, davon aus, dass die postsowjetische Welt der «bürgerlichen Demokratie» und insbesondere ihrem Archetyp, den Vereinigten Staaten, gehören würde, heute die einzige Supermacht. Vielleicht ging er davon aus, dass in einem wiedervereinigten Deutschland kein Platz für grüne Politik sein würde. Vielleicht glaubte er zudem, dass die Friedensbewegung ihr Waterloo erlitten hatte. Aber welches Recht hatte er, all diese Fragen für Petra zu beantworten? Vielleicht liegt die Sache einfacher, und er fürchtete mehr als alles andere die Entdeckung einer Stasi-Akte und seine Bloßstellung. Vielleicht hatte sie sich in ihm geirrt. Sie brauchte den Glauben an seine «Bekehrung» vom Militärgeneral zum Friedenskämpfer. Die Frage bleibt: Wer war dieser Gert Bastian?

Die Frage ist von großer Bedeutung. Alles deutet darauf hin, dass Petra Kelly nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems ihren Blick auf neue Horizonte gerichtet hat. Die Wiedervereinigung war für sie enttäuschend. Doch hätte sie ihr die Hoffnung nehmen können? Sie war zwar sicher keine stets heitere Optimistin, aber zum Defätismus neigte sie ebenso wenig.

Petra Kelly glaubte an den Wert des politischen Kampfes, der politischen Auseinandersetzung. Gert Bastian hat uns die Möglichkeit genommen, zu sehen, wohin uns Petra Kelly in der postsowjetischen Ära zu führen versucht hätte. Wo hätte sie Schwerpunkte gesetzt? Welche Strategien hätte sie verfolgt? Wie wäre sie politisch gereift?

Einige ihrer Themen sind Teil des politischen Mainstreams geworden. Wie schon erwähnt gilt Umweltpolitik nicht mehr als ein «radikales» Thema. Kelly hätte sich auch gefreut zu erleben, dass Angela Merkel als deutsche Bundeskanzlerin den Dalai Lama empfangen hat, wie übrigens auch Präsident Bush. Tibet bleibt auf der politischen Tagesordnung der westlichen Demokratien. Vergessen scheinen dagegen die indigenen Völker an der Peripherie der Welt, denen Petra so viel ihrer geistigen und körperlichen Energie gewidmet hatte. Frieden scheint so unerreichbar wie eh und je, vielleicht mehr denn je – obwohl die These vom Demokratischen Frieden offizieller Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik geworden ist.

Müssen wir Kelly also als eine interessante, aber jetzt irrelevante historische Größe betrachten? Eine moralisch tapfere Frau mit provokanten Ideen? Müssen wir schließen – wie wir begonnen haben – mit der Feststellung, dass Petra Kelly, die einst solche Wellen in den Medien und politischen Kreisen schlug, heute völlig unbedeutend zu sein scheint?

Keineswegs. Zu diesem Schluss kommen wir weniger aufgrund von Petra Kellys politischen Themen, so wichtig sie auch sind, als aufgrund ihres Ansatzes. Letztlich

sah sich Petra Kelly selbst mehr als Theoretikerin der Politik denn als Politikerin. Ein Politiker strebt nach Wahlämtern, um die politische Macht zu erringen, die er oder sie braucht, um seine oder ihre Politik in die Tat umzusetzen. Petra Kelly strebte nicht nach politischer Macht. Stattdessen lieferte sie eine Kritik politischer Macht. Ihre Rolle war die einer politischen Theoretikerin. Raffinierterweise versuchte sie, ihre Rolle als Abgeordnete zu nutzen, um eine sokratische Kritik der Macht in den politischen Apparat selbst hineinzutragen. Ihre neuartige Idee eines unpolitischen Schiedsrichters der Politik – ein Ombudsmann des Politischen (und nicht der Bürokratie) – bleibt es wert, weiter verfolgt zu werden. Sie könnte Petra Kellys bleibender Beitrag zu der Entwicklung parlamentarischer oder verfassungsmäßiger Regierung sein. All die bis hier erwähnten Ideen tragen zu dem bei, was ich die Kellysche Stimmung nennen möchte. Um zu erklären, was damit gemeint ist, müssen wir zunächst einige Eigenschaften der neuen politischen Ära skizzieren.

Die Euphorie im Westen nach dem Zerfall der Sowjetunion verdeckte die in Entstehung begriffenen neuen politischen Gegensätze. Das paradiesähnliche «Ende der Geschichte» trat nicht ein. Die neue Freiheit ließ in Osteuropa nicht nur Gelegenheiten für die Demokratie entstehen, sondern paradoxerweise auch Gelegenheiten für ethnische Säuberungen. Im postsowjetischen Europa erfüllte sich nicht die historische Mission der Französischen Revolution, wie manche akademische Idealisten glaubten. Dem Erstarken des Rechtsradikalismus in Europa und in der ehemaligen Sowjetunion nach zu urteilen, muss man feststellen, dass den demokratischen Idealen ernsthafte Opposition gegenübersteht (Linksopposition hat in der postsowjetischen Welt eine andere Dimension als zuvor).⁸³ Was ist es an der Demokratie, das sie umstritten macht? Sollte nicht eigentlich jeder seine natürlichen Rechte genießen wollen? An der Regierung teilhaben, und sei es nur als Wähler? Sollte nicht jedermann frei sein wollen zu tun, was er will, und zu denken, was er will?

Tatsächlich kann Demokratie nicht als eine selbstverständliche Wahrheit angesehen werden. Sie ist eher eine von außen aufgezwungene angenommene Wahrheit.

Ihre Grundannahmen wie etwa die allgemeine Gleichheit sind nicht wissenschaftlich nachweisbar, aber dennoch moralische Voraussetzungen, die als die Grundregeln moderner Demokratien gelten.

Gelegentlich begegnen diese moralischen Annahmen offenkundigen Widersprüchen in der Wirklichkeit. Manche Leute sind intelligenter oder weiser als andere, aber die Regeln der Demokratie schreiben ihnen dennoch vor, den weniger intelligenten oder weniger weisen die Chance zu geben, ihre Meinung zu äußern und im Rahmen der demokratischen Regeln nach ihrer Meinung zu handeln. In diesem Sinne steht die Demokratie im Widerspruch zur politischen Ästhetik, die Symmetrie, Gleichgewicht und Ordnung unterstützt. Ihr fehlt die Großartigkeit oder der Hochmut der Aristokratie, wie der Antidemokrat Friedrich Nietzsche so treffend bemerkt hat.

Zudem ist die moderne Demokratie aus einem spezifischen kulturellen Kontext heraus entstanden – dem des Westens. Ihr konzeptueller Rahmen beinhaltet diesen Kontext sowohl in Begriffen historischer Erfahrung, religiös-philosophischer Traditionen als auch sozioökonomischer Vorlieben. Demokratie ist, um Charles Taylors Begriff zu verwenden, eine westliche «soziale Imagination». Eine faszinierende These besagt, das Geheimnis des westlichen Erfolges in der Schaffung von am Einzelnen

orientierten, säkularen und konstitutionellen Gesellschaften läge in ihrer Instabilität. Während ihrer gesamten Geschichte seien westliche Gesellschaften immer wieder in sich zusammen gefallen und hätten sich, oft nach viel Leiden und Blutvergießen, wieder neu zusammengesetzt.⁸⁴

Es scheint, dass Thomas Jefferson, obwohl ein radikaler demokratischer Vordenker, diese Idee nur neu formuliert hat, als er den Amerikanern alle zwanzig Jahre eine Revolution empfahl, um die Machtstrukturen durchzuschütteln. Diese Vorstellung strahlt westliche Werte und Befürchtungen geradezu aus.

Zudem haben westliche Gesellschaften traditionell viel Wert auf technischen Fortschritt als Mittel gesellschaftlicher Entwicklung gelegt. Marx betrachtete den technischen Fortschritt als den grundlegenden treibenden Faktor gesellschaftlichen Wandels. Man könnte ihn auch den grundlegenden treibenden Faktor gesellschaftlicher Destabilisierung nennen. Soziale Schichtungen wandeln sich. Technologie vermittelt Sozialbeziehungen. Zugang zu Technologie ermächtigt Individuen ebenso wie ganze Gesellschaften. Wir wissen noch nicht, wohin die digitale Revolution uns führen wird, aber sie hat bereits begonnen, alte kulturelle und soziale Kohärenzen zu zerstören.

Psychologen wie Erich Fromm lehren uns, dass es den meisten Menschen nicht leicht fällt, sich an Veränderungen anzupassen. Veränderung bedroht die alltägliche Trägheit. Sie stellt die Muster der Kontrolle in Frage. Sie liefert dem Unbekannten aus. Und dennoch stellt Veränderung einen Grundwert demokratischer Regierungsformen und ganz sicher kapitalistischer oder neoliberaler Volkswirtschaftslehre dar. Wir, die wir in westlichen Gesellschaften aufgewachsen sind, sind in unseren Familien, unseren Schulen und anderen soziokulturellen Institutionen so sozialisiert worden, dass wir die Vorzüge von Veränderung kennen. Im Extremfall werden wir dazu ermutigt, zu glauben, dass wir uns selbst als Individuen verändern und, wie die Denker der Aufklärung es ausgedrückt haben, «neue Menschen» werden können. Anders gesagt erzeugen wir eine Kultur der Unzufriedenheit, und diese Unzufriedenheit wird, zu Recht oder zu Unrecht, als die Suche nach Verbesserungen definiert. Der moderne Konsumwahn kann als ein Paradebeispiel für diese Kultur der Unzufriedenheit gelten.

Das ist es also, was der Westen der Welt zu bieten hat. Obwohl wir zumeist vorhaben, die Welt durch Demokratisierung und durch technologische Entwicklung zu stabilisieren, destabilisieren wir stattdessen durch unsere vereinzelnden demokratischen Vorstellungen und durch unsere Technologien, die die westlichen Werte untermauern.⁸⁵ Der Mittlere Osten bleibt das Paradebeispiel. Die These vom Demokratischen Frieden mag richtig sein, aber stellt sie auch den richtigen Ansatz dar? Kann der Weltfrieden *nur* in einer Welt der Demokratien hergestellt werden? Ist keine friedliche Form nichtdemokratischer, aber dennoch konstitutioneller Regierung denkbar? Falls die Antwort auf diese Frage «nein» lautet, dann ist die Anschlussfrage: Ist die Demokratie westlichen Stils das einzig denkbare demokratische Modell? Oder ist ein anderes, für unsere globalisierte, multikulturelle Welt geeigneteres Modell denkbar?

Die westliche Demokratie, in der historischen Form etwa des letzten Jahrhunderts, löst sich auf, während wir sie zu exportieren suchen, denn die westliche Welt hat selbst ein neues revolutionäres Zeitalter betreten. Sie exportiert ein Phantom. Unser Selbstverständnis als Gemeinwesen bildet die revolutionären Veränderungen,

die dieses Gemeinwesen derzeit transformieren, noch nicht ab. Wir denken noch «in alten Begriffen» und handeln auch noch danach.

Veränderung erscheint nach Marx immer in der Form von Machtgegensätzen. Was sind unsere derzeitigen Gegensätze? Seit dem Angriff auf das World Trade Center und auf das Pentagon am 11. September 2001 sind die Sicherheitsvorkehrungen, nicht nur in den USA, sondern in allen Demokratien, verschärft worden. In den USA wird sehr viel über die daraus resultierenden Einschnitte in Bürgerrechte und bürgerliche Freiheiten diskutiert. Mehr Sicherheitsvorkehrungen bedeuten einen Zuwachs an zentralisierter Regierungsmacht, denn nur der Staat kann Sicherheit liefern.

Zur gleichen Zeit restrukturieren die Neuen Informationstechnologien Macht, indem sie alte Hierarchien (etwa in Firmen) durch destrukturierte, flache Netzwerke ersetzen.

Informationssysteme müssen offen und mobil sein, um effektiv zu sein. Hierarchische Organisation mit ihren Befehlsketten läuft der schnellen Übermittlung und Nutzung essentieller Informationen zuwider. Offenheit (Glasnost) und Restrukturierung (Perestroika) sind Schlüssel zur Macht in der Welt nach dem 11. September.

Terrorgruppen sind computergestützt und -organisiert, was bedeutet, dass sie mobile und relativ unabhängige, obwohl miteinander verkettete Informationsnetzwerke bilden. Bewaffnete Terroristen – vielleicht mit Atomwaffen, wie das US-Militär in seinen Zukunftsszenarien annimmt – haben all die Überraschungs- und Flexibilitätsvorteile von Guerillakämpfern (wie in Vietnam) in Verbindung mit dem Zugang zu lebenswichtiger Informationstechnologie. Das US-Militär restrukturiert sich selbst in Erwartung nicht nur von «irregulärer Kriegsführung» (Guerilla- oder Aufstandsbekämpfung), sondern auch von «katastrophischer Herausforderung», wie die Armee Terrorismus nennt. In ihren Planungen für die Zukunft betont die Armee schnellstmögliche Einsatzfähigkeit. Sie geht davon aus, dass die Zukunft aus vielen kleineren Konflikten gleichzeitig bestehen wird, manche von kurzer, manche von längerer Dauer, also aus «vielen Afghanistans».⁸⁶

Thomas Hobbes glaubte, dass Sicherheit vor dem oder Isolierung gegen den Naturzustand des «Kriegs aller gegen alle», des *bellum omnium contra omnes*, des Staates als Leviathan bedürfe. Wird das auch in Zukunft richtig sein? Oder wird der Leviathan im Zeitalter der Neuen Informationstechnologie zum modernen Goliath? Falls die Zukunft sich als mehr hobbesianisch denn lockeanisch herausstellt, indem sie Sicherheit höher schätzt als Freiheit, was wird dann überhaupt aus dem demokratischen Staat, wie wir ihn kennen?

Macht wird immer den Punkt der größten Effizienz finden. Julien Benda beklagte in seinem «Verrat der Intellektuellen» die Zersplitterung des katholischen Feudaleuropas in Nationalstaaten. Der Nationalstaat wurde jedoch, in Begriffen politischer «Evolutionstheorie» gesprochen, zu einer effizienteren Machtform als die feudalen Reiche. Heute kehrt die Europäische Union zu einer revidierten Version des «heiligen Römischen Reichs» in Europa zurück. Was wir jedoch unter der bürokratischen Struktur des Brüsseler Europas sehen, ist die Revitalisierung einiger prämoderner provinzieller Verwaltungseinheiten. Die Regierungsform der Zukunft mag durchaus in dieser Kombination abgestufter Einheiten, in denen auf der lokalen Ebene Demokratie gilt, mit einem die Sicherheit gewährleistenden Überbau liegen.

Es ist fast schon sprichwörtlich, dass Krisen- und Kriegszeiten zur Entstehung politischer Theorien führen. Was machen wir aus diesem Chaos? Wie kommen wir da

wieder raus? Das sind die essentiellen theoretischen Fragen. Gerade jetzt brauchen wir scharfsinnige politische Denker. Denken wir an den Peloponnesischen Krieg, der die zivilisierte Welt jener Zeit erschütterte. Wie erschreckend der Kollaps jener Welt gewesen sein muss! Kein Wunder, dass Plato die Essenz einer unveränderlichen «gerechten» Republik einzufangen versuchte. Begegnen wir nicht auch heute denen, die das Zeitlose, das Ewige suchen?

Sicherlich stellt der Terrorismus das unmittelbare politische Problem unserer globalisierten Welt dar. Er ist jedoch nur ein Symptom profunder gesellschaftlicher Veränderungen, die in vielen, wenn nicht den meisten Fällen Reaktionen auf die Herausforderung durch die westlichen Werte darstellen. Wir müssen uns sicherlich auch um das Symptom kümmern, aber es kann kein Fehler sein, tiefer zu schauen.

Wir werden in unserer globalisierten Welt neue politische Formen brauchen. Und wir werden ein globales Sozialethos formulieren müssen. Die Betonung muss auf dem Globalen liegen, denn Politik westlichen Stils wird schlechterdings nicht ausreichen. Dies wird ein radikales neues Denken quer zu allen Grenzen erfordern – geographischen, ideellen und kulturellen. Francis Fukuyama hatte Recht mit seiner Aussage, der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeute «das Ende der Geschichte», auch wenn er sich in der Bedeutung geirrt hat, die er diesem Ende gab. Der Zusammenbruch hat nicht alle historischen Gegensätze aufgelöst, wie er dachte, sondern er hat nur ein solches Gegensatzpaar beendet, eine Ära. Man kann durchaus argumentieren, dass ein Hauptgrund für den Zusammenbruch der Sowjetunion in ihrer durch bürokratisches Wirrwarr und ideologische Ketten bedingten Unfähigkeit lag, sich der Neuen Informationstechnologien zu bedienen. Die Lektionen aus dem Zusammenbruch sind noch zu lernen. Ein Leviathan-Staat kann sich durchaus als unfähig erweisen, in dem neuen Informationszeitalter für Sicherheit zu sorgen. Es kann also sein, dass wir derzeit die falsche politische Antwort auf den Terrorismus entwickeln. Diese Frage hat zu den derzeitigen Debatten zwischen den USA und der EU hinsichtlich des «War on Terrorism» geführt. Die Europäer vertreten den Standpunkt, dass der Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden kann, wie es die Amerikaner versuchen; sie betonen stattdessen polizeiliches Handeln.

Während wir die derzeitige Krise angehen, brauchen wir dringend ein neues Nachdenken über Politik – was sie bedeuten sollte, wie sie organisiert sein sollte, was sie leisten sollte und was sie nicht versuchen oder was ihr nicht erlaubt sein sollte. Petra Kelly bat uns, neu nachzudenken. Der ideologische Kontext ihrer Zeit ließ ihre Bitte allen Seiten verdächtig erscheinen. Heute, nach dem Wegfall dieses Kontexts, müssen wir die Kellysche Stimmung des Neu-Nachdenkens übernehmen, neue politische Kategorien entwerfen und neue politische Lösungen riskieren. Petra Kellys geistige Nähe zu Willy Brandt und Hubert Humphrey zeigt ihre Absicht, Wegbereiter zu finden. Letzten Endes besteht Petra Kellys Erbe in ihrer provokativen Herausforderung an uns, über Grenzen hinweg, über den Abgrund hinweg zu denken. Sie rät uns, aus unseren gesellschaftlich belasteten Persönlichkeiten herauszutreten, uns selbst aus der Ferne zu betrachten, uns selbst im Licht der neuen Umstände neu zu bewerten. Petra Kelly versuchte, neu nachzudenken, um humanistische Werte zu erhalten. Sie erkannte vor der Zeit, dass eine Ära zu Ende ging, dass revolutionäre Veränderungen nahten. Sie bleibt die Vorbotin unserer Zeit.

Aus dem Amerikanischen von Martin Schaum

Fußnoten

- 1 Die Erstausgabe erschien in *New Political Science*, Vol. 23 (2001), No. 2, S. 181-202.
- 2 Bastian, ein ehemaliger General der Bundeswehr, hatte 1980 den Dienst aus Protest gegen den Ausbau der amerikanischen Atomkraft in Europa quittiert. Er half, die «Generäle für den Frieden» zu organisieren und fand schließlich den Weg zu den Grünen und zu Petra Kelly. Bastians Motiv für den Mord an Kelly bleibt unklar. Die Polizei verwarf letztendlich die Theorie eines Selbstmordpakts. Es wird auch behauptet, Bastian habe Verbindungen zur Stasi gehabt.
- 3 Petra K. Kelly, *Thinking Green!*, Berkeley 1994, S. 7.
- 4 Ebd., S. 10.
- 5 Eine Sekretärin erzählte der Autorin, dass Kelly häufig nachts in ihr Abgeordnetenbüro zurückkehrte, um die Papierkörbe zu durchsuchen, und oft aus dem Papierkorb geholt, zerknüllte Papiere auf dem Schreibtisch hinterließ und eine Zusammenfassung des Inhalts oder eine Begründung für das Wegwerfen verlangte. Sekretärinnen kamen morgens an ihren Schreibtisch und fanden ihn übersät mit Zetteln der nächtlichen Besucherin. Unnötig zu sagen, dass Kelly Schwierigkeiten hatte, Sekretärinnen zu halten.
- 6 Kelly beginnt die Einleitung zu *Thinking Green!* mit den folgenden Sätzen: «Meine Schwester Grace Patricia starb 1970 zehnjährig an Augenkrebs. Ich frage mich oft, warum so ein schönes Mädchen so früh sterben musste. Lag es an den ständigen Störfällen der Atomkraftwerke in der Nähe unseres Hauses in Virginia, oder daran, dass ihr Vater, mein Stiefvater, als junger Soldat ein paar Wochen nach dem Abwurf der Atombombe in Hiroshima gewesen war? Wurde ihr Krebs durch die Strahlentherapie noch verschlimmert? Als Grace starb, beschloss ich, alles in meiner Kraft Stehende zu tun, um die Leute über die militärischen und zivilen Verwendungen der Atomkraft aufzuklären und auf jede erdenkliche gewaltfreie Weise gegen sie zu protestieren. Ich schwor, mein Leben der Aufgabe zu widmen, herauszufinden, warum so viele Millionen zu Krebspatienten geworden waren und warum wir alle in diesem radioaktiven Zeitalter als nukleare Geiseln gehalten werden.» Kelly, *Thinking Green!*, S. 3.
- 7 Petra K. Kelly, *Beyond the Greens*, in: *Ms. November/December* 1991, S. 70.
- 8 Kelly hatte in ihrer bayrischen Heimatstadt Günzburg eine Klosterschule besucht und blieb ihr Leben lang mit einer der Nonnen befreundet. Für ihre sterbenskranke Schwester Grace arrangierte sie eine Audienz beim Papst. Sie betrachtete sich selbst als gläubige Katholikin (*Thinking Green!*, S. 4). Auch nachdem sie die Kirche verlassen hatte, betrachtete sie sich selbst als religiös: «Ich bin tief religiös und fühle mich Männern völlig gleichwertig, und ich brauche keine autoritäre, männliche Institution, um meine eigene innere Wahrheit zu finden. Ich habe nach Göttern und Göttinnen von kosmischer Energie, Licht und Wahrheit gesucht, und viel Weisheit in östlichen Religionen gefunden. (...) Mir scheint es so, als läge im Herzen aller Religionen die eine Wahrheit, die uns verbindet, die Liebe» (ebd., S. 5).
- 9 Petra Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Glenn D. Paige und Sarah Gilliatt (Hrsg.), *Nonviolence Speaks to Power: Petra Kelly*, Honolulu 1992, S. 92.
- 10 Die Sozialdemokraten hatten bekanntlich bereits 1959 auf dem Godesberger Parteitag förmlich die marxistische Vorstellung vom Klassenkampf verworfen. Kelly lehnte den Marxismus und alle anderen auf Konflikttheorie beruhenden Ideologien ab.
- 11 Petra Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus? Rede im Goethe-Institut Los Angeles, in: dies., *Mit dem Herzen Denken*, München 1990, S. 52
- 12 Ebd., S. 50.
- 13 Ebd., S. 50.
- 14 Kellys leiblicher Vater hatte die Familie verlassen, als Kelly noch ein Säugling war. Später nahm sie den Nachnamen ihres Stiefvaters an, lehnte jedoch sein Angebot einer förmlichen Adoption ab.
- 15 Petra Kelly, *Petra Kelly*, in: Phillip L. Berman (Hrsg.), *The Courage of Conviction*, New York 1987, S.118f.

- 16 Vgl. Martin Luther King, Jr., *I have a Dream: Writings and Speeches that Changed the World*, James M. Washington (Hrsg.), San Francisco 1992, S. 99.
- 17 1970 schrieb sich Kelly an der Universität Amsterdam ein, wo sie einen Magistergrad in Politikwissenschaft erwarb. Danach begann sie für die Europäische Gemeinschaft zu arbeiten.
- 18 Kelly, *Thinking Green!*, S. 128.
- 19 Kelly, Petra Kelly, a.a.O., S. 116.
- 20 Kelly, *Thinking Green!*, S. 10.
- 21 Kelly, Petra Kelly, S. 117.
- 22 Kelly, *Thinking Green!*, S. 12.
- 23 Ebd., S. 117f.
- 24 Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus?, a.a.O., S. 51f.
- 25 Kelly, *Thinking Green!*, S. 12.
- 26 Kelly, *Thinking Green!*, S. 16.
- 27 Sie definierte das Patriarchat als «ein System männlicher Dominanz, sowohl in kapitalistischen als auch in sozialistischen Ländern vorherrschend, dass Frauen unterdrückt und Männer einschränkt.» Kelly, *Towards a Green Europe, Towards a Green World*, in: Paige und Gilliat, S. 23.
- 28 Kelly, *Thinking Green!*, S. 40.
- 29 Ebd., S. 40.
- 30 Kelly kehrte 1970 nach Europa zurück. Sie erwarb einen Magistergrad in Politikwissenschaft an der Universität Amsterdam und arbeitete mehrere Jahre für den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Brüssel. Während dieser Zeit fuhr sie oft nach Deutschland, engagierte sich in der Bürgerinitiativbewegung und trat in die SPD ein.
- 31 Kelly, Petra Kelly, S.115. Kelly fährt fort: «Ich habe nie viel Respekt gehabt für die Karl Marxe und Friedrich Engelse und all diese anderen dogmatischen Macho-Männer, die über die Arbeiterklasse und das Kapital theoretisierten und philosophierten, und dabei gleichzeitig ihre Frauen und Kinder diskriminierten und das Leben von 'akademischen Paschas' führten, und die ständig von ihren Frauen oder Geliebten verjüngt wurden! Sie konnten nicht kochen, putzen, nähen oder sonstwie für sich selbst sorgen. Für ihre wichtigsten Bedürfnisse waren sie immer auf Frauen angewiesen.» (ebd.)
- 32 Kelly, *Thinking Green!*, S. 42f.
- 33 Mark Hertsgaard, *The Legacy of Petra K. Kelly*, in: Kelly, *Thinking Green!*, S. 138.
- 34 Sybille Krause-Burger, *Joschka Fischer: der Marsch durch die Illusionen*, aktualisierte Neuauflage, Stuttgart 1999, S. 222.
- 35 Ebd., S. 118.
- 36 Ebd., S. 123.
- 37 Ebd., S. 124.
- 38 Ebd., S. 128.
- 39 Ebd., S. 128.
- 40 Ebd., S. 122.
- 41 Ebd., S. 223.
- 42 Zitiert nach Krause-Burger, S. 118.
- 43 Krause-Burger, S. 141.
- 44 Ebd., S. 212.
- 45 Manuel Dittmers, *The Green Party in West Germany*, London 1986, S. 20.
- 46 Kelly, *Global Green Politics*, in: Paige und Gilliat, S. 58.
- 47 Konrad, *Antipolitik*, Frankfurt 1985, S. 211f.
- 48 Ebd., S. 209.
- 49 Ebd., S. 213.
- 50 Ebd., S. 212.
- 51 Ebd., S. 202.
- 52 Ebd., S. 206.
- 53 Ebd., S. 207.
- 54 Ebd., S. 207.

- 55 Kelly argumentierte, dass «die Vielfalt der Strömungen unsere Partei bereichert, selbst ohne einen allgemeinen Konsens zur Analyse der Gesellschaft», und wollte «Kommunisten und Konservative» nicht aus der Partei drängen, da «eine Strömung von der anderen lernt». Werner Hulsberg, *The German Greens*, London 1988, S. 124.
- 56 Kelly, *Moving Beyond the Greens*, S. 70.
- 57 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 92.
- 58 Ebd., S.112.
- 59 Kelly, *Thinking Green!*, S. 68.
- 60 Ebd., S. 68.
- 61 Ebd., S. 129.
- 62 Ebd., S. 70.
- 63 Ebd., S. 70.
- 64 Ebd., S. 70, 74.
- 65 Petra Kelly, *Morality and Human Dignity*, in Paige und Gilliat, S. 123.
- 66 Ebd., S. 128.
- 67 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 112.
- 68 Eda Kriseova, *Václav Havel*, New York 1993, S. 277. Kriseova gibt an, dass Havel «nicht länger sagen kann, dass er nicht Präsident sein will und dass er sein Amt nicht gesucht hat. Er hat es als sein Los akzeptiert. Dennoch ist in seinem Grundsatzpapier noch etwas zu spüren von der Freiheit des Intellektuellen, von jemandem, der jederzeit zurückkehren kann zu etwas, das er vielleicht sogar lieber täte.» (ebd.)
- 69 Kelly, *Morality and Human Dignity*, in: Paige und Gilliat, S. 138.
- 70 Kelly, *A Green View of German Reunification and Europe's Future*, in: Paige und Gilliat, S. 111.
- 71 Kelly, *Thinking Green!*, S. 72f.
- 72 *New York Times*, 11. März 1994.
- 73 Ernest Laclau, *Politics and the Limits of Modernity*, in: Thomas Docherty (Hrsg.), *Postmodernism: A Reader*, New York 1993, S. 330.
- 74 Christa Daryl Slaton, *An Overview of the Emerging Political Paradigm: A Web of Transformational Theories*, in: Stephen Woolpert, Christa Daryl Slaton und Edward W. Schwerin (Hrsg.), *Transformational Politics*, Albany 1998, S. 4.
- 75 Helmut K. Anheier, *Die Zivilgesellschaft in Deutschland*, in: *Deutschland 2* (2000), Heft 5 (Oktober/November), S. 22.
- 76 Ebd., S. 23.
- 77 Petra Kelly, *Offener Brief an die Grüne Partei*, in: Ralf Fücks (Hrsg.), *Sind die Grünen noch zu retten?*, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 32.
- 78 Ebd., S. 32.
- 79 Krause-Burger, S. 222f.
- 80 Kelly, «Vergangenheitsbewältigung» oder Neofaschismus?, S. 51.
- 81 Kelly, Petra Kelly, S. 119.
- 82 Kelly, *Thinking Green!*, S. 55.
- 83 Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist auch die marxistische radikale Linke zusammengebrochen. Die Lücke ist durch nichts gefüllt worden. Die «Linke» hat zur Zeit keine Identität und daher keine politische Stoßrichtung. Es existieren noch marxistische Regimes, etwa in China und auf Kuba, aber sie spielen nirgends auf der Welt eine Rolle als ideologische Vorbilder. Nordkorea ist bedeutend nicht aufgrund seiner kommunistischen Ideologie, sondern nur aufgrund seiner atomaren Möglichkeiten.
- 84 Theodore K. Rabb schreibt in *The Last Days of the Renaissance and the March to Modernity*: «Es ist ein weiter Weg von der Zeit Karls des Großen zurück zu unserem Ausgangspunkt im zwanzigsten Jahrhundert. Doch die Muster der Entstehung und Wiederauflösung von kultureller und gesellschaftlicher Kohärenz haben sich seitdem nicht verändert.» New York 2006, S. 220.
- 85 Westliche Technologie verstärkt westliche Werte beispielsweise, indem sie den Einzelnen ermächtigt. Man denke etwa an das Automobil und den PC.
- 86 Siehe *New York Times*, 30.9.2007, S. 12.